

Zweite Sitzung – Deuxième séance

Dienstag, 2. März 1993, Vormittag
Mardi 2 mars 1993, matin

08.00 h

Vorsitz – Présidence: Herr Schmidhalter

91.034

**Bundesgesetz über Schuldbetreibung
 und Konkurs. Aenderung**
**Loi fédérale sur la poursuite pour dettes
 et la faillite. Modification**

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 1 hiervor – Voir page 1 ci-devant

Art. 94–100

Antrag der Kommission
 Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Proposition de la commission
 Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 101

Antrag der Kommission
 Abs. 1

Die Pfändung eines Grundstücks hat die Wirkung einer Beschränkung der Verfügungsbefugnis. Das Betreibungsamt teilt sie dem Grundbuchamt unter Angabe des Zeitpunktes und des Betrages, für den sie erfolgt ist, zum Zwecke der Vormerkung unverzüglich mit. Ebenso sind die Teilnahme neuer Gläubiger an der Pfändung und der Wegfall der Pfändung mitzuteilen.

Abs. 2
 Die Vormerkung wird gelöscht, wenn das Verwertungsbegehren nicht innert zwei Jahren nach der Pfändung gestellt wird.

Art. 101

Proposition de la commission
 Al. 1

La saisie d'un immeuble a l'effet d'une restriction du droit d'aliéner. L'office communique sans retard la saisie au registre foncier à fin d'annotation et avec indication de la date et de la somme pour laquelle la saisie a eu lieu. La communication est faite également lorsque de nouveaux créanciers participent à la saisie et lorsque la saisie a pris fin.

Al. 2
 L'annotation sera radiée si la réalisation n'est pas requise dans les deux ans qui suivent la saisie.

Angenommen – Adopté

Art. 102–118

Antrag der Kommission
 Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Proposition de la commission
 Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 119

Antrag der Kommission

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2

Die Verwertung wird eingestellt, sobald der Erlös den Gesamtbetrag der Forderungen erreicht, für welche die Pfändung provisorisch oder endgültig ist. Artikel 144 Absatz 5 ist vorbehalten.

Art. 119

Proposition de la commission

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

Elle est suspendue aussitôt que le produit atteint le montant des créances pour lesquelles la saisie est provisoire ou définitive. L'article 144 alinéa 5 est réservé.

Angenommen – Adopté

Art. 120–143a

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 143b (neu)

Titel

Freihandverkauf

Abs. 1

An die Stelle der Versteigerung kann Verkauf aus freier Hand treten, wenn alle Beteiligten damit einverstanden sind und mindestens der Schätzungspreis angeboten wird.

Abs. 2

Der Verkauf darf nur nach durchgeführtem Lastenbereinungsverfahren im Sinne von Artikel 138 Absatz 2 Ziffer 3 und Absatz 3 und Artikel 140 sowie in entsprechender Anwendung der Artikel 135 bis 137 erfolgen.

Art. 143b (nouveau)

Proposition de la commission

Titre

Vente de gré à gré

Al. 1

En lieu et place des enchères la vente peut avoir lieu de gré à gré lorsque tous les intéressés y consentent et que le prix offert est au moins celui de l'estimation.

Al. 2

La vente ne peut avoir lieu qu'après l'épuration de l'état des charges au sens de l'article 138 2e alinéa chiffre 3 et 3e alinéa et de l'article 140, ainsi qu'en application par analogie des articles 135 à 137.

Angenommen – Adopté

Art. 144–147

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 148

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag Marti Werner

Abs. 1

..., so muss er gegen diesen innert 10 Tagen nach Empfang

Art. 148*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition Marti Werner

Al. 1

.... doit, dans les 10 jours à compter

Titel, Abs. 3 – Titre, al. 3

Angenommen – Adopté

Abs. 1 – Al. 1

Marti Werner: In Artikel 83 haben Sie die Klagfrist generell auf 20 Tage verlängert. Mein Antrag zu Artikel 148 sieht vor, dass von dieser generellen Verlängerung der Klagfrist eine Ausnahme gemacht wird. Bei Artikel 83 sind in der Botschaft auch die Kriterien, welche eine zehntägige Klagfrist erlauben, aufgelistet worden, nämlich: Es soll mit der Ausdehnung auf 20 Tage keine unnötige Verzögerung eintreten, und eine zehntägige Klagfrist soll für Fälle vorgesehen werden, die einfach sind oder ein geringes Kostenrisiko in sich tragen.

Bei den Kollokationsklagen in der Pfändung muss man wissen, dass diese, im Gegensatz zu Kollokationsklagen im Konkurs, äusserst selten sind. Bereits Beschwerden bezüglich Kollokationen in der Pfändung sind sehr selten, und noch seltener sind derartige Klagen.

Es mag zwar zutreffen, dass eine Kollokationsklage in der Pfändung eine gewisse Komplexität aufweist, aber dieses Argument allein kann nicht dazu führen, dass die Frist generell auf 20 Tage verlängert wird. Diese Verlängerung auf 20 Tage hat nämlich zur Folge, dass das Verfahren verzögert wird. Der Betreibungsbeamte muss vorerst die zehntägige Frist für die Kollokationsbeschwerde abwarten. Anschliessend muss er nochmals die zwanzigtägige Frist für die Kollokationsklage abwarten, um dann verteilen zu können. Dies einzig und allein aus dem Grund, weil vielleicht einmal ein einzelner in einem sehr seltenen Fall eine Kollokationsklage in der Pfändung erheben könnte.

Systematisch mag es zwar richtig sein, dass man für die Kollokationsklage in der Pfändung die gleiche Frist vorsieht wie für die Kollokationsklage im Konkurs. Aus praktischen Gründen rechtfertigt sich hier aber eine Ungleichbehandlung. Wir müssen die Gesetze nicht machen, um einen Schönheitspreis für deren Ausgestaltung zu erhalten, sondern wir müssen die Gesetze auch so ausgestalten, dass sie letztlich praktikabel sind. Mit dem Vorschlag des Bundesrates und der Kommission wird das Verfahren für die Anwender, nämlich für die Betreibungsbeamten, erschwert, indem sie diese zusätzlichen Abklärungen treffen müssen, indem sie zuwarten müssen. Das Verfahren wird unnötigerweise verzögert.

Ich beantrage Ihnen deshalb, für die Kollokation in der Pfändung bei der zehntägigen Frist zu bleiben. In den äusserst seltenen Fällen, die zu einer Klage führen, können die Abklärungen auch innerhalb der zehntägigen Frist vorgenommen werden.

Bundesrat Koller: Der Bundesrat und die Kommission haben die zwanzigtägige Frist bewusst gewählt und sind der Meinung, dass sie nötig ist, denn mit der Kollokationsklage wird die Kollokation eines anderen Gläubigers und nicht die eigene angefochten.

Die Bestreitung der Kollokation eines anderen Gläubigers stellt für den Klagenden viel schwierigere Beweisprobleme. Die zwanzigtägige Frist haben wir daher überall dort vorgesehen, wo umfangreiche und komplizierte Begründungen nötig sind, so etwa bei der Aberkennungsklage und der Kollokationsklage im Konkurs.

Angesichts dieser Sachlage bitte ich Sie, an der zwanzigtägigen Frist festzuhalten und den Antrag Marti Werner abzulehnen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission

Für den Antrag Marti Werner

64 Stimmen

37 Stimmen

Art. 149*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 149a*Antrag der Kommission*

Abs. 1

.... verjährt spätestens ein Jahr nach

Abs. 2, 3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 149a*Proposition de la commission*

Al. 1

.... se prescrit au plus tard par un an

Al. 2, 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 150–155*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 156*Antrag der Kommission*

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2 (neu)

Vom Grundeigentümer zu Faustpfand begebene Eigentümer- oder Inhabertitel (Art. 859, 873 ZGB) werden im Falle separater Verwertung auf den Betrag des Erlöses herabgesetzt.

Art. 156*Proposition de la commission*

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2 (nouveau)

Les titres de gage créés au nom du propriétaire ou au porteur (art. 859, 873 CC) et donnés en nantissement par le propriétaire, seront ramenés au montant du produit de la réalisation en cas de réalisation séparée.

Angenommen – Adopté

Art. 157–168*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 169*Antrag der Kommission*

Abs. 1

Wer das Konkursbegehren stellt,

Art. 169*Proposition de la commission*

Al. 1

Celui qui requiert

Angenommen – Adopté

Art. 170–173*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 173a*Antrag der Kommission**Titel*b. um Nachlass- oder Notstundung oder von Amtes wegen
Abs. 1

Hat der Schuldner oder ein Gläubiger ein Gesuch um Bewilligung einer Nachlassstundung oder einer Notstundung anhängig gemacht, so kann das Gericht das Konkurserkennnis aussetzen.

Abs. 2

Das Gericht kann das Konkurserkennnis auch von Amtes wegen aussetzen, wenn Anhaltspunkte für das Zustandekommen eines Nachlassvertrages bestehen;

Abs. 3

Bewilligt der Nachlassrichter die Stundung nicht, so eröffnet der Konkursrichter den Konkurs.

Art. 173a*Proposition de la commission**Titre*

b. extraordinaire ou d'office

Al. 1

Si le débiteur ou un créancier ont introduit une demande de sursis concordataire ou de sursis extraordinaire, le tribunal peut ajourner le jugement de faillite.

Al. 2

Le tribunal peut aussi ajourner d'office la déclaration de faillite lorsqu'un concordat paraît possible; il transmet dans ce cas le dossier au juge du concordat.

Al. 3

Si le juge du concordat n'accorde pas le sursis, le juge de faillite prononce la faillite.

Angenommen – Adopté

Art. 174, 175*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 176*Antrag der Kommission**Abs. 1*

Das Gericht teilt dem Betreibungs-, dem Konkurs-, dem Handelsregister- und dem Grundbuchamt unverzüglich

Abs. 2 (neu)

Die Konkurseröffnung wird im Grundbuch angemerkt.

Art. 176*Proposition de la commission**Al. 1*

Le juge communique sans retard aux offices des poursuites, aux offices des faillites, au registre du commerce et au registre foncier:

Al. 2 (nouveau)

La déclaration de faillite sera mentionnée au registre foncier.

Angenommen – Adopté

Art. 177–181*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 182*Antrag der Kommission**Ziff. 4*Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
(die Aenderung betrifft nur den französischen Text)**Art. 182***Proposition de la commission**Ch. 4*

4. de déposer le montant

Angenommen – Adopté

Art. 183–190*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 191*Antrag der Kommission**Abs. 1*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2 (neu)

Der Richter spricht die Konkurseröffnung aus, sofern sich der Antrag nicht als rechtsmissbräuchlich erweist.

*Antrag Marti Werner**Abs. 1*

.... die Konkurseröffnung bewirken, indem

Abs. 2 (neu)

Streichen

*Antrag Baumberger**Abs. 2 (neu)*

Der Richter spricht die Konkurseröffnung aus, sofern der Schuldner schützenswerte Interessen glaubhaft macht.

Art. 191*Proposition de la commission**Al. 1*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2 (nouveau)

Le juge prononce la faillite à moins que la réquisition ne s'avère abusive.

*Proposition Marti Werner**Al. 1*Adhérer au projet du Conseil fédéral
(la modification ne concerne que le texte allemand)*Al. 2 (nouveau)*

Biffer

*Proposition Baumberger**Al. 2 (nouveau)*

Le juge prononce la faillite pour autant que le débiteur fasse valoir des intérêts dignes de protection.

Marti Werner: Bei Artikel 191 beantrage ich Ihnen, die bisherige Fassung des Gesetzes beizubehalten. Dies bedeutet, dass der Absatz 2 der Kommissionsfassung gestrichen und in Absatz 1 anstelle des Wortes «beantragen» der Ausdruck «bewirken» eingefügt werden soll, wobei sich beim französischen Text keine Aenderung ergibt.

In den Beratungen der Kommission wurde die grosse Diskussion darüber geführt, wie der Rechtsmissbrauch verhindert werden soll. Das ist auch ein Anliegen, welches in der Botschaft des Bundesrates zum Ausdruck kommt. Wenn man nun die Ausführungen in der Botschaft und im Protokoll der Kommission durchliest, kommt man zum Schluss, dass man gar nichts ändern muss, wenn man das verfolgen will, was dort gesagt worden ist. Gemäss der bisherigen Fassung konnte und musste der Rechtsmissbrauch nicht geschützt werden. Es ent-

spricht einem allgemeinen Grundsatz, dass der offensichtliche Rechtsmissbrauch nicht geschützt werden muss und auch nicht geschützt werden darf. Absatz 2, wie ihn die Kommission vorsieht, kommt deshalb bloss deklaratorische Bedeutung zu.

Meines Erachtens ist der Entwurf des Bundesrates, welcher keinen Absatz 2 vorsieht, an und für sich missverständlich, wenn man gleichzeitig die Erläuterungen dazu liest. Der Bundesrat schreibt nämlich, dass der Richter an und für sich nichts anderes prüfen dürfe als den Rechtsmissbrauch; er sieht aber in seinem Entwurf vor, dass der Schuldner gleichwohl die Konkurseröffnung nur beantragen könne. Wenn der Schuldner die Konkurseröffnung nur beantragen kann, dann muss oder darf der Richter allenfalls eben mehr prüfen als nur den Rechtsmissbrauch. Wenn man das will, was der Bundesrat gesagt hat, muss man es bei der bisherigen Fassung belassen; man muss es bei «bewirken» belassen. Mit der Insolvenzerklärung soll die Konkurseröffnung ausgesprochen werden, ausgenommen in denjenigen Fällen, in denen diese Insolvenzerklärung rechtsmissbräuchlich abgegeben wird. Das entspricht der bisherigen Lehre und der Rechtsprechung. Ich erinnere Sie hier an einen Entscheid des Appellationshofes Bern aus dem Jahre 1980, wo dies klar und deutlich festgehalten wurde. Das System der Insolvenzerklärung hat sich meines Erachtens bewährt; es ermöglicht dem Schuldner einen Neuanfang, der auch aus gesellschaftspolitischen Gründen unterstützt werden muss. Im Rahmen der EG sind Untersuchungen gemacht worden, welche vor wenigen Monaten publiziert worden sind. Dort ist man zum Schluss gekommen, dass gerade das schweizerische System erstrebenswerter sei, dass man das europäische Schuldbetreibungs- und Konkursystem «helvetisieren» müsse, indem dieses System der Insolvenzerklärung übernommen wird.

Es entsprach ja vielfach einem Wunsch der Schweiz, dass sich Europa so der Schweiz anpassen soll, dass schliesslich Europa der Schweiz beitreten kann. Wenn wir hier schon einmal ein Beispiel haben, in welchem wir als Vorbild dienen, dann sollte man dieses Beispiel nicht wieder entkräften und das ganze Instrument umwandeln.

Die bisherige Fassung von Artikel 191, mit Ausnahme des offensichtlichen Rechtsmissbrauchs – es wird niemand sagen können, dass der offensichtliche Rechtsmissbrauch geschützt werden soll –, hat sich bewährt.

Ich ersuche Sie deshalb, bei der bisherigen Fassung zu bleiben; dann braucht es nämlich auch den Absatz 2, den die Kommission aufgenommen hat, nicht.

Baumberger: In der Botschaft des Bundesrates liest man zur Frage der Insolvenzerklärung, die – ich möchte mal sagen – vorsichtig euphemistische Aussage, diese Insolvenzerklärung werde «in der Praxis etwa missbraucht».

Wer bei den Gerichten etwas herumhört – als Anwalt kommt man gelegentlich dazu –, erkennt schnell, dass es bei der Insolvenzerklärung bzw. bei der Ausübung dieses Instituts um einen tatsächlich gravierenden Missbrauch geht.

Ich bin mit Herrn Kollege Marti Werner keineswegs einverstanden, wenn er sagt, das bisherige System habe sich bewährt. Es geht in der Praxis darum, dass sich leider gerade junge Leute immer wieder verschulden, um irgendwelchen Vergnügungen nachzugehen, um Reisen und derartiges zu machen, und nachher entgehen sie mit dem Mittel der Insolvenzerklärung hängigen Betreibungen und Lohnpfändungen. Das Ganze lässt sich bekanntlich mehrmals machen, eine Insolvenzerklärung nach der anderen.

Der Antrag Marti Werner, welcher den alten Rechtszustand aufrechterhalten will, ist aus meiner Sicht somit unverständlich, und er ist abzulehnen.

Etwas besser, aber nur bedingt besser, ist der Entwurf des Bundesrates, wonach der Schuldner die Insolvenzerklärung beantragen kann und damit nicht schon die Konkurseröffnung bewirkt. Noch etwas besser ist der Antrag der Kommission, welcher ausdrücklich den Rechtsmissbrauchsvorbehalt formuliert.

Ich frage Sie: Genügt das? Haben wir damit wirklich etwas anderes, etwas gegenüber den Gläubigern Korrekteres als bis-

her? Ich erinnere mit Kollege Marti an Artikel 2 ZGB, wonach der Rechtsmissbrauch keinen Rechtsschutz findet, und zwar in der ganzen Rechtsordnung und unabhängig davon, ob nun dieser Vorbehalt nochmals konkret in einer Gesetzgebung erwähnt ist.

Aber es braucht viel zum Rechtsmissbrauch, und ich zweifle daran, ob wir die Rechtswirklichkeit nun wirklich ändern – auch mit dem Antrag der Kommission. Es hat schon etwas an sich, wenn Herr Kollege Marti sagt, mit dem Antrag der Kommission ändere sich im Ergebnis eigentlich wenig. Was notwendig ist – und dementsprechend habe ich meinen Antrag zu Artikel 191 Absatz 2 formuliert –, ist eine positive Voraussetzung als Grundlage der Eröffnung des Konkurses, nämlich wenigstens das Glaubhaftmachen schützenswerter Interessen des Schuldners, welchem nun diese Rechtswohltat zugute kommen soll.

Solche schutzwürdigen Interessen können beispielsweise die gleichmässige Befriedigung der Gläubiger, die Erfüllung moralischer Pflichten, aber auch – da möchte ich die Idee des Bundesrates aufnehmen – ein glaubwürdiger erster Schritt zum Neubeginn des Schuldners sein. Aber einen solchen ersten Schritt kann man eben nur einmal glaubhaft tun, und man kann das Ganze dann nicht zwei-, drei- oder viermal wiederholen.

Sie sehen, ich will dem Schuldner, der ohne grosses Verschulden und ohne direkte Absicht ins finanzielle Verderben gelangt – was heute, wie mir scheint, leider häufig passiert –, die Rechtswohltat der Insolvenzerklärung nicht einfach entziehen. Aber ich glaube, es ist dem Schuldner zuzumuten, hier auch einen eigenen Schritt zu tun, jedenfalls im Sinne der Glaubhaftmachung schutzwürdiger Interessen. Ich bin überzeugt, dass wir nur so die heutige Missbrauchswelle stoppen können.

Ich bitte Sie dementsprechend, meinen Antrag zu Artikel 191 Absatz 2 zu unterstützen.

M. Borel François: Je vous invite à voter la proposition de M. Marti Werner. Comme la proposition, à l'alinéa premier, ne concerne que le texte allemand et que le texte français ne figure pas sur notre dépliant, je vous en donne lecture, c'est une ligne: «Le débiteur peut lui-même requérir sa faillite en se déclarant insolvable en justice.» Je dirai juste une chose au sujet de cet alinéa premier: dans son message, le Conseil fédéral mentionne à la page 136 qu'il a adapté le texte allemand au texte français.

Concernant cet alinéa premier, M. Marti Werner propose de revenir à l'ancien texte allemand; nos traducteurs, apparemment, considèrent que, pour autant, le texte français ne doit pas être modifié. C'est une querelle de linguistes, probablement aussi de juristes, qu'il conviendra de clarifier au cas où la proposition de M. Marti Werner serait acceptée.

Concernant l'alinéa 2, qui est le fond du problème, à nouveau la commission est allée vraiment trop loin cette fois en considérant qu'il fallait être particulièrement méfiant à l'égard des débiteurs sans se poser des questions sur les créanciers. M. Baumberger vient de donner un exemple: le jeune qui part en vacances, faire un long voyage et qui, ayant emprunté beaucoup d'argent, n'arrive pas à son retour à rembourser son petit crédit. Excusez-moi, mais là aussi on peut se poser des questions sur le sérieux du travail du créancier qui a accordé ce petit crédit à quelqu'un qui a l'intention d'arrêter de travailler, de partir en voyage, et qui ensuite, évidemment, a peut-être quelques difficultés à rembourser. Je crois que ce genre d'exemples, on peut toujours en montrer, discréditent de manière générale un grand nombre de débiteurs qui se trouvent véritablement dans des situations difficiles, voire dramatiques, et ont besoin d'une faillite pour recommencer les choses à neuf, pour faire table rase. Ce sont des solutions qui sont très souvent proposées, à l'instigation d'ailleurs des services sociaux. Dès lors que, de manière générale, un juge peut toujours sanctionner l'abus de droit, pourquoi dans ce cas particulier faut-il le mentionner par méfiance particulière à l'intention des débiteurs qui voudraient demander leur propre faillite, alors que c'est une règle de droit largement acceptée, et largement pratiquée, d'ailleurs?

Nous vous invitons donc à ne pas mentionner cette notion d'abus de droit explicitement ici, parce que c'est une règle valable de manière générale, et pour ne pas donner une fois de plus l'impression que les débiteurs sont des gens dont il faut particulièrement se méfier, alors que les créanciers sont ceux à qui on peut faire toute confiance.

Hess Peter: Ich habe gestern beim Eintretensvotum darlegen dürfen, dass eines der zentralen Revisionspostulate die Missbrauchsbekämpfung beim Konkursverfahren darstellt. Wenn Herr Marti Werner heute mit seinem Antrag wieder auf die alte Fassung gemäss bestehendem Recht zurückkehren will, so unterläuft er gerade dieses zentrale Postulat der Missbrauchsbekämpfung.

Vor allem im Bereich der privaten Konkurseröffnung müssen wir in letzter Zeit feststellen, dass das missbräuchliche Verwenden der Insolvenzerklärung stark zugenommen hat, auch wenn ich nicht übersehe, dass sich die finanzielle Lage vieler Mitbürgerinnen und Mitbürger verschlechtert hat.

Entscheidendes Argument ist jedoch, dass vor allem die moralische Komponente des Sichverschuldens oder der Insolvenzerklärung – vor allem bei der jüngeren Generation – weggefallen ist und der Schritt zum Konkursrichter in vielen Fällen keine besondere Ueberwindung mehr braucht.

In der Kommission haben wir uns mit diesem Problem eingehend auseinandergesetzt und sind mit grosser Mehrheit zur Ueberzeugung gekommen, dass wir die Fassung des Bundesrates in Absatz 1 übernehmen müssen. Es soll nicht mehr im alleinigen Belieben des Schuldners sein, die Insolvenz zu erklären bzw. ein Konkursverfahren zu eröffnen, sondern wir wollen dem Richter ein pflichtgemässes Ermessen eröffnen. Die Frage stellt sich nun, wie Absatz 2 zu formulieren ist.

Es ging uns als Miturhebern des Absatzes 2 darum, dass wir das Ermessen, das wir dem Richter mit Absatz 1 einräumen, auf der anderen Seite wieder etwas einschränken, um hier doch eine gewisse einheitliche Rechtsprechung in der Schweiz zu erzielen. Das würde also bedeuten, dass der Richter über den Antrag des Schuldners zu befinden hat. Aber immer dann, wenn nicht offensichtlicher Rechtsmissbrauch vorliegt – und da kann ich mich Herrn Marti Werner anschliessen, man könnte auch auf Artikel 2 ZGB verweisen –, muss der Richter die Konkurseröffnung aussprechen.

Herr Baumberger geht nun noch einen Schritt weiter, indem er nicht nur auf das Rechtsmissbrauchskriterium abstellt, sondern verlangt, dass der Schuldner schützenswerte Interessen geltend macht. Es ist wiederum eine Abwägung, wie weit wir hier gehen wollen. Ich möchte den Entscheid Ihnen überlassen.

Persönlich könnte ich auch dem Antrag Baumberger zustimmen. Das Entscheidende ist jedoch, dass wir den Antrag Marti Werner ablehnen, damit wir dieses dringende Revisionspostulat erfüllen können.

Steinegger, Berichterstatter: In unserer Rechtsordnung und auch gemäss unseren moralischen Ueberzeugungen gilt, dass jedermann seine Verpflichtungen erfüllen soll. Es gilt nicht der Grundsatz: Man kann auf die Erfüllung eingegangener Verpflichtungen verzichten, indem man die Insolvenzerklärung abgibt.

Nun gibt es beim Grundsatz, dass man die Verpflichtungen erfüllen soll, gewisse Ausnahmen. Wir haben hier die Insolvenzerklärung, wo jeder Schuldner, der konkursfähig und der andere Schuldner, berechtigt ist, den Konkurs zu erklären. Bisher war das eine Aktion des Schuldners. Das hat zu Missbräuchen geführt, indem man nicht diese Rechtswohltat – wie Herr Baumberger gesagt hat – benutzt hat, um einen wirklichen Neubeginn zu machen, sondern um die bisherigen Verpflichtungen abzuschütteln und einen Neubeginn zu machen, indem man sich wiederum, ein zweites Mal, in Schulden gestürzt hat. Aus diesem Grund ist es notwendig, dass wir hier einen Riegel vorschieben.

Der Bundesrat und die Kommission schlagen Ihnen vor, dass in Zukunft der Schuldner den Konkurs nicht einfach selbst bewirken kann, sondern dass er beim Richter einen Antrag zu

stellen hat und der Richter dann entscheidet, ob der Schuldner dieser Rechtswohltat würdig ist.

Das ist der Hauptunterschied zum Antrag Marti Werner. Herr Marti möchte die bisherige Lösung beibehalten, wonach der Schuldner selbst diesen Konkurs bewirken kann. Das scheint fragwürdig zu sein und ist auch fragwürdig.

Die Kommission hat auch eine Anweisung gegeben, was der Richter zu beurteilen hat: er soll nämlich einen derartigen Antrag auf Rechtsmissbräuchlichkeit prüfen. Nun ist richtig, dass seit einigen Jahren das Rechtsmissbrauchsverbot gemäss Artikel 2 ZGB auch im SchKG gilt. Ursprünglich ist man bei diesem Rechtsmissbrauchsverbot davon ausgegangen, dass es ausschliesslich für das Privatrecht gilt. Im Laufe der Jahre wurde dann die Anwendung von Artikel 2 ZGB über das Privatrecht hinaus auf andere Rechtsgebiete ausgedehnt und als allgemeiner Rechtsgrundsatz anerkannt. Diese Ausdehnung erfolgte ausdrücklich auch auf das SchKG. Als Vertreter der Kommission möchte ich ausdrücklich festhalten, dass das auch die Auffassung der Kommission ist, dass dieses Rechtsmissbrauchsverbot in Zukunft für das ganze SchKG gelten soll.

Allerdings: Im Bereiche der Insolvenzerklärung haben wir bisher keine bundesgerichtlichen Urteile gehabt. In einem Obiter dictum ist es festgehalten worden. Sonst gibt es ein entsprechendes Urteil des Berner Gerichtes.

Es handelt sich hier nicht um eine Nebensache. Etwa 30 Prozent der Konkurse laufen über diese Insolvenzerklärung oder werden mit dieser Insolvenzerklärung ausgelöst.

Und es ist natürlich eine gewisse Verführung, den Konkurs über diese Insolvenzerklärung herbeizuführen, weil ich im Gegensatz zur Betreibung auf Pfändung hängige Beteiligungen und Lohnpfändungen während dem Konkursverfahren beseitigen kann. Am Schluss erhält man einen Konkursverlustschein, der gegenüber dem Pfändungsverlustschein auch gewisse Vorteile hat, weil man ihn erst wieder einlösen kann, wenn der Schuldner zu neuem Vermögen gekommen ist. Hier liegt die zweite Rechtsmissbrauchsmöglichkeit: Man umgeht es, zu neuem Vermögen zu kommen, indem man die Freundin, die Konkubine, die Frau usw. mit diesem neuen Vermögen bedient.

Herr Baumberger möchte bei der Beurteilung durch das Gericht über den Vorbehalt des Rechtsmissbrauchs hinausgehen und zum Ausdruck bringen, dass der Schuldner zusätzliche Interessen geltend zu machen hat, dass er sogar ein ursprüngliches eigenes Interesse darstellen muss und nicht einfach unter dem Vorbehalt des Rechtsmissbrauchs liegt. Die Kommission hat sich mit diesem Antrag nicht auseinandergesetzt. Sie haben darüber zu entscheiden.

Vielleicht noch für den Gesamtzusammenhang: Neben der Einführung dieser Antragsnotwendigkeit ist in dieser Vorlage auch der Begriff des neuen Vermögens neu gefasst worden, und das Feststellungsverfahren, ob ein Schuldner zu neuem Vermögen gekommen ist, ist in Artikel 265a erleichtert worden. Des weiteren ist der Durchgriff auf Vermögenswerte verbessert worden; die vom Schuldner auf Dritte verschoben worden sind, um sich als Schuldner vorzustellen, der über kein neues eigenes Vermögen verfügt. Und schliesslich hat man bei der Schenkungs- und Ueberschuldungsanfechtung (Art. 286 und 287) die Fristen von sechs Monaten auf ein Jahr erhöht.

Ich bitte Sie, den Antrag Marti Werner abzulehnen. Wir würden damit die alte Lösung beibehalten, die ganz klar zu erheblichen Missbräuchen geführt hat. Es gilt nämlich, dass grundsätzlich jeder seine Verpflichtungen erfüllen soll, dass man sich seiner Verpflichtungen nur in besonderen Fällen entledigen kann und nicht, wenn es einem als Schuldner einfach beliebt.

Mit dem Antrag Baumberger hat sich die Kommission nicht befassen.

M. Guinand, rapporteur: Nous discutons ici de la question de la faillite à la demande du débiteur, ou de ce qu'on appelle aussi la déclaration d'insolvabilité. Quel est le système que la commission vous propose d'adopter? La commission vous propose de partir du texte français de l'article 191 alinéa premier qui est clair: «Le débiteur peut lui-même requérir sa faillite

en se déclarant insolvable en justice», ce qui signifie bien qu'il y a une requête et qu'il appartient au juge de se prononcer sur cette requête. Que va faire le juge? Si vous acceptez le système de la commission, le juge aura trois possibilités désormais: la première, c'est de prononcer la faillite, selon la demande faite par le débiteur; la seconde, c'est de ne pas prononcer la faillite parce qu'il aura considéré que la demande du débiteur est abusive, c'est le sens de l'alinéa 2 qui vous est proposé; et le juge aura une troisième possibilité qui n'a pas encore été invoquée jusqu'ici. Si vous acceptez les mesures d'assainissement que nous vous proposons, il pourra inciter, le cas échéant, le débiteur à rechercher un règlement amiable de ses dettes au sens des articles 332a et suivants.

La limite apportée à l'alinéa 2 de l'article 191 a un sens dans la mesure où elle précise que le juge peut refuser de prononcer la faillite lorsque la demande s'avère abusive. On a dit à cette tribune qu'il y a déjà la règle générale de la réserve de l'abus de droit que l'on trouve à l'article 2 du Code civil. Oui, mais il y a une différence: à l'article 2 du Code civil, il s'agit de réserver l'abus manifeste du droit. Ici, on se contente d'un abus. Il y a donc une différence entre la règle générale et la règle que nous vous proposons à l'article 191 alinéa 2. Faut-il aller plus loin, tel que le propose M. Baumberger? La commission pense que la règle de l'abus simple couvre tous les cas qui peuvent se présenter.

Pour terminer, j'aimerais faire remarquer à l'intention de mes collègues de langue française que la proposition de M. Baumberger se comprend parfaitement en allemand, mais est totalement incompréhensible en français. La proposition de M. Baumberger en français devrait dire ceci: «Le juge prononce la faillite pour autant que le débiteur fasse valoir des intérêts dignes de protection.» La version qui nous est proposée signifie très exactement le contraire.

Je vous invite à suivre les propositions de la commission et à rejeter les propositions Marti Werner et Baumberger.

Bundesrat **Koller**: Zunächst ist noch einmal auf die grosse praktische Bedeutung des Rechtsinstituts der Insolvenzerklärung hinzuweisen. Ich habe gestern gesagt, dass allein im Jahre 1992 etwa 5000 aller Konkurse aufgrund einer solchen Insolvenzerklärung erfolgten. Das macht rund die Hälfte aller Konkurse aus. Sie sehen daraus die grosse praktische Bedeutung der Insolvenzerklärung, und Sie sehen daraus auch das akute Bedürfnis nach einer befriedigenden Regelung.

Auch nachdem wir nun neu in Artikel 332a ein Sanierungsinstrument in Form der privaten Schuldenbereinigungen einführen, bleibt trotzdem ein legitimes Bedürfnis für solche Insolvenzerklärungen als Ultima ratio für den Neubeginn des kleinen Mannes oder der kleinen Frau. Das bestreiten wir nicht, Herr Marti Werner. Und trotzdem haben wir feststellen müssen, dass es wiederholt zu Missbräuchen gekommen ist. Dem möchten Bundesrat und Kommissionsmehrheit abhelfen, und zwar einmal über die neuen Vorschriften betreffend das neue Vermögen, dann über das neue Verfahren zur Feststellung von neuem Vermögen und nun auch dadurch, dass wir die Insolvenzerklärung nicht mehr in das ausschliessliche Belieben des Schuldners stellen.

In Übereinstimmung mit dem geltenden französischen Text beantragt Ihnen der Bundesrat, dass der Schuldner nur antragsberechtigt ist und dass der Richter dann über die Konkurseröffnung zu entscheiden hat.

Ihre Kommission ist neben dieser Aenderung des Bundesrats noch einen Schritt weiter gegangen, indem sie in Absatz 2 ein ausdrückliches Verbot des Rechtsmissbrauchs aufgenommen hat, und zwar ein Verbot, das sich von jenem nach Artikel 2 Absatz 2 ZGB unterscheidet. Dieser sieht nur bei offenbarem Rechtsmissbrauch eine Korrekturmöglichkeit des Richters vor. Hier im SchKG genügt jedoch schon ein Rechtsmissbrauch an sich, und mit dieser neuen Formulierung der Kommission wird das Ermessen des Richters gegenüber Artikel 2 Absatz 2 ZGB wesentlich erweitert. Das scheint uns angesichts der häufigen Fälle von Rechtsmissbrauch auch durchaus gerechtfertigt.

Schliesslich liegt ein Antrag von Herrn Baumberger vor. Er möchte noch einen Schritt weiter gehen, indem er die Voraus-

setzungen – anders als die Kommission – nicht negativ umschreibt, sondern versucht, die Voraussetzungen für die Konkurseröffnung aufgrund eines entsprechenden Schuldnerantrages positiv zu umschreiben. Das, Herr Baumberger, geht etwas zu weit.

Mir scheint, dass hier Bundesrat und Kommission die gute Mitte gefunden haben zwischen dem Antrag von Herrn Marti Werner, der am bestehenden Rechtszustand festhalten möchte, und dem von Herrn Baumberger, der vielleicht in Bezug auf die Neuformulierung doch einen Schritt zu weit geht. Aus diesen Gründen bitte ich Sie, bei Absatz 1 dem Entwurf des Bundesrates und bei Absatz 2 dem Antrag der Kommission zuzustimmen.

Abs. 1 – Al. 1

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission	95 Stimmen
Für den Antrag Marti Werner	50 Stimmen

Abs. 2 – Al. 2

Präsident: Herr Marti Werner hat seinen Streichungsantrag zurückgezogen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission	88 Stimmen
Für den Antrag Baumberger	35 Stimmen

Art. 192

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 193

Antrag der Kommission

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2

In diesen Fällen ordnet das Gericht die konkursamtliche Liquidation an.

Abs. 3

.... Erbe kann die konkursamtliche Liquidation verlangen.

Art. 193

Proposition de la commission

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

Dans ces cas, le juge ordonne la liquidation par voie de faillite.

Al. 3

La liquidation par voie de faillite peut également

Angenommen – Adopté

Art. 194, 195

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 196

Antrag der Kommission

Die konkursamtliche Liquidation über

Art. 196

Proposition de la commission

La liquidation par voie de faillite d'une succession

Angenommen – Adopté

Art. 197–218*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté***Art. 219***Antrag der Kommission*

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 4

....

b. beruflichen Vorsorge und die Forderungen von Personalvorsorgeeinrichtungen gegenüber den angeschlossenen Arbeitgebern.

(Rest des Buchstabens streichen)

....

Zweite Klasse

....

Diese Vorzugsrecht Ende eröffnet worden ist.

(Rest streichen)

Abs. 5 (neu)

Bei den in der ersten und zweiten Klasse gesetzten

....

4. bei der konkursamtlichen Liquidation einer Erbschaft die

Antrag Rechsteiner

Abs. 4

....

Zweite Klasse bis (neu)

Die Beitragsforderungen der Alters- und Hinterlassenenversicherung sowie der Invalidenversicherung.

Art. 219*Proposition de la commission*

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 4

....

b. les créances des institutions affiliés.

(biffer le reste de la lettre)

....

Deuxième classe

....

Ces créances l'année qui suit.

(Biffer le reste)

Al. 5 (nouveau)

.... de première et de deuxième classe,

....

4. En cas de liquidation d'une succession, le

Proposition Rechsteiner

Al. 4

....

Deuxième classe bis (nouveau)

Les créances de l'assurance-vieillesse et survivants ainsi que l'assurance-invalidité.

Abs. 1, 5 – Al. 1, 5

Angenommen – Adopté

Abs. 4 – Al. 4

Rechsteiner: Bei Artikel 219 möchte ich Ihnen beantragen, zwischen der zweiten und der dritten Klasse eine neue Klasse einzuführen, vorläufig bezeichnet als «zweite Klasse bis». Das müsste redaktionell angepasst werden, indem vor den Forderungen der dritten Klasse, den Kurrentforderungen, wie sie technisch bezeichnet werden, den allgemeinen Forderungen, noch privilegiert die Beitragsforderungen der AHV und IV berücksichtigt würden.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass gegen den Vorschlag des Bundesrates und der Kommission, in Artikel 219 die Privile-

gienordnung, die Rangordnung der Gläubiger gegenüber dem heutigen, historisch gewachsenen System zu straffen, nichts einzuwenden ist. Deshalb werden diesbezüglich keine Anträge gestellt. Ebenso positiv ist es zu werten, dass es in der Kommission gelungen ist, die Ansprüche der Einrichtungen der beruflichen Vorsorge in Litera b der ersten Klasse einzufügen, weil es nicht angehen kann, über die Nichtprivilegierung der Forderungen der Personalvorsorgeeinrichtungen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Konkurs des Arbeitgebers auch noch bezüglich ihrer Pensionskassenansprüche zu Schaden kommen zu lassen.

Bezüglich der AHV/IV-Beiträge ist festzustellen, dass diese im heutigen Recht privilegiert behandelt werden. Meines Erachtens ist es richtig, dass diese Sozialversicherungsansprüche auch im künftigen Recht privilegiert behandelt werden, zwar nicht in der ersten Klasse, aber doch immerhin vor der letzten, allgemeinen Klasse. Die Begründung:

1. Man muss feststellen, dass die Beitragsrückstände bei der AHV/IV in den letzten Jahren, nicht zuletzt rezessionsbedingt, immer mehr zugenommen haben. Gleichzeitig zugenommen haben die abgeschriebenen AHV/IV-Beiträge, bedingt durch Konkurse der Arbeitgeber.

Es ist nicht richtig, dass durch diese rückständigen Beiträge, die nachher durch die Sozialversicherungseinrichtungen abgeschrieben werden müssen, die öffentliche Hand, die ja zu 20 Prozent bei der AHV und zu 50 Prozent bei der IV für diese Aufwendungen geradestehen muss, Verluste erleidet oder dass die anderen Beitragszahlerinnen und Beitragszahler, die anderen Arbeitgeber, die anderen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für diese Ausstände eintreten müssen. Diese Art von Sozialisierung der Verluste ist nicht richtig.

2. Es ist auch gegenüber allgemeinen anderen Forderungen zu rechtfertigen, dass die Beitragsausstände bei der AHV und IV privilegiert behandelt werden. Zum einen muss man feststellen, dass es sich bei der Nichtablieferung und der Nichteinzahlung der Arbeitnehmerbeiträge an AHV und IV durch den Arbeitgeber um einen veruntreuungsähnlichen Tatbestand handelt. Die Beiträge, die den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vom Lohn abgezogen werden, müssen dem Sozialversicherungsträger abgeliefert werden. Wenn diese Beiträge nicht abgeliefert werden und der Arbeitgeber nachher in Konkurs gerät, ist objektiv – subjektiv ist die Situation im Einzelfall zu prüfen – ein veruntreuungsähnlicher Tatbestand erfüllt.

3. Zur Rechtfertigung der Privilegierung: Es ist nicht richtig, dass die öffentliche Hand für die eingetretenen Verluste geradestehen muss.

Es trifft zwar zu, dass die einzelnen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer persönlich durch diese Nichtablieferung bei der AHV und IV nicht zu Verlust kommen – im Unterschied zur beruflichen Vorsorge im Ueberobligatorium –, weshalb sich auch eine andere Behandlung der Forderungen in der beruflichen Vorsorge rechtfertigt. Aber trotzdem kommt die öffentliche Hand zu Verlust, wenn Arbeitgeber diese Sozialversicherungsbeiträge nicht abliefern.

Wegen der unterschiedlichen Qualität dieser Forderungen möchte ich vorschlagen, für die Beitragsforderungen der AHV und IV, denen eine besondere soziale Komponente zukommt – im Unterschied zu den übrigen allgemeinen Forderungen in der heutigen fünften Klasse und neu in der dritten Klasse –, eine neue Klasse nach der zweiten Klasse zu schaffen und die Beitragsforderungen der AHV und IV entsprechend zu privilegieren.

Dieser Antrag entspricht im übrigen auch einem ausdrücklichen entsprechenden Begehren der Ausgleichskassen der AHV.

Steinegger, Berichterstatter: Die Forderungen der Konkursgläubiger sollten aus dem Reinerlös der Konkursmasse möglichst gerecht und gleichmässig befriedigt werden. Es gilt grundsätzlich das Prinzip der Gleichbehandlung aller Gläubiger. Nun stellt das Gesetz aus verschiedenen Gründen eine Rangordnung auf, und nur innerhalb des Ranges gilt diese Gleichheit. Die Privilegien beruhen auf dem Zivil- oder auf dem Konkursrecht, jetzt auch noch auf dem Bankengesetz. Zivilrechtlich sind einmal die Pfandgläubiger privilegiert. Dann

schützt hier im Artikel 219 das Konkursrecht gewisse Gläubiger durch sogenannte Konkursprivilegien. Und schliesslich stehen am Schluss die Konkursgläubiger ohne Privilegien. Je mehr Konkursprivilegien man hat, und je weniger nichtprivilegierte Gläubiger es gibt, desto weiter entfernt man sich von diesem Prinzip der Gleichbehandlung, welche eigentlich als Idee der Generalexekution, d. h. der Konkursbetreibung, zugrunde liegt.

Wir hatten im SchKG ursprünglich sechs Klassen, heute sind es fünfundzwanzig; man muss also radikal streichen, wenn man das Institut des Konkurses nicht in Frage stellen will.

Bundesrat und Kommission schlagen noch drei bzw. zwei privilegierte Klassen vor. Dann haben wir in den Schlussbestimmungen noch eine Zwischenklasse zwischen zweiter und dritter Klasse, nämlich durch das Bankengesetz das Sparprivileg. Nach Auffassung der Kommission bestehen erhebliche wirtschaftliche und soziale Gründe, welche auch für eine Verstärkung der Sanierungsmöglichkeiten von Unternehmungen sprechen. Auf Anregung der Kommission sind diese Sanierungsmöglichkeiten mit diesen Anträgen, die hier vorliegen, verbessert worden.

Man muss sich natürlich bewusst sein: Wenn Sie Privilegien auf Privilegien auftürmen, behindert das die Sanierung. Wenn zu viele Gläubiger privilegiert sind, schwindet das Interesse an der Sanierung. Der Abbau der Privilegienordnung ist also eine zwingende Voraussetzung für ein vernünftiges Sanierungsrecht.

Hier möchte nun Kollege Rechsteiner eine weitere privilegierte Klasse für die Beitragsforderungen der Alters- und Hinterlassenenversicherung und der Invalidenversicherung schaffen. Das erstaunt etwas, weil man bisher, Herr Rechsteiner, in der Tendenz eigentlich die Schuldnerfreundlichkeit erhöhen wollte.

Problematisch ist es, wenn man gleichzeitig die Privilegien des Staates, wie das bei der AHV und bei der IV der Fall ist, gegenüber den privaten Gläubigern erhöhen will. Dazu kommt, dass bei AHV und IV die – ich würde einmal sagen – Inkassokompetenz und die Fähigkeit, rechtzeitig die Beiträge einzufordern usw., durchaus vorhanden sind, und dass hier auch die öffentliche Hand einen Beitrag leisten muss, damit wir ein vernünftiges Sanierungsrecht gestalten können.

Ich bitte Sie deshalb, den Antrag Rechsteiner abzulehnen.

M. Guinand, rapporteur: La modification de l'article 219 de la LP est un point central de la révision qui nous est proposée aujourd'hui. Lors du débat d'entrée en matière, M. Koller, conseiller fédéral, disait hier qu'il s'agissait de supprimer, dans toute la mesure du possible, les privilèges dans la faillite et de corriger par conséquent le système actuel des cinq classes. Douze cas sont énumérés dans la deuxième classe, dont celui évoqué par M. Rechsteiner; dans la troisième classe, cinq autres cas sont privilégiés, et il reste encore un cas dans la quatrième classe. Le système que nous propose le Conseil fédéral et que la commission approuve est beaucoup plus simple: il tend vers l'égalité et n'accorde de privilèges que là où ceux-ci sont absolument indispensables. En fait, la première classe va subsister, classe dans laquelle on privilégie les créances de salaire, de prévoyance et d'entretien. Personne n'a mis en cause le privilège de ce type de créance. On a ensuite maintenu une classe intermédiaire pour protéger les biens des enfants sous administration de leurs parents, ce qui est tout à fait normal. Il n'y a plus d'autres privilèges, toutes les autres créances vont se retrouver dans la troisième classe.

M. Rechsteiner a sans doute des arguments pertinents à faire valoir quant à la nécessité de protéger les créances de l'AVS, mais si l'on suit son avis, il n'y a aucune raison de ne pas reprendre aussi d'autres créances qui figurent actuellement dans la deuxième classe.

Je vous demande instamment de bien vouloir suivre les propositions du Conseil fédéral, appuyées par la commission, qui, encore une fois, constituent le pivot central de cette révision.

Bundesrat **Koller**: Ich habe Ihnen gestern schon dargelegt, dass ein zentrales Anliegen dieser Gesetzesrevision darin be-

steht, den Wildwuchs der Konkursprivilegien zu beseitigen. Das ist mit dem Vorschlag von Bundesrat und Kommission auch gelungen. Wir möchten künftig eben Konkursprivilegien nur noch für natürliche Personen gewähren, die zum Schuldner in einem besonderen Abhängigkeitsverhältnis stehen, die also sozialpolitisch gerechtfertigt sind. Hauptbeispiele: Arbeitnehmer, Alimentengläubiger; das sind Leute, die auf integrale Zahlung besonders angewiesen sind. Die AHV ist demgegenüber ein sozial starker Gläubiger und passt daher offensichtlich nicht in dieses Konzept.

Im übrigen hat Ihnen Herr Steinegger dargelegt, dass wir mit dem Abbau der Konkursprivilegien auch die Sanierungsfähigkeit verbessern, bessere Voraussetzungen für die Sanierungen schaffen möchten. Auch dieses Ziel würde bei einem Wiederaufleben von Konkursprivilegien gefährdet.

Wenn Sie das AHV-Privileg hier als neues Konkursprivileg aufnehmen, so wäre das offensichtlich willkürlich, denn es ist nicht einzusehen, weshalb beispielsweise die Beitragsforderungen der AHV privilegiert sein sollten, jene der Arbeitslosenversicherung hingegen nicht.

Aus all diesen Gründen möchte ich Sie bitten, den Antrag Rechsteiner abzulehnen und Bundesrat und Kommission zuzustimmen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission	offensichtliche Mehrheit
Für den Antrag Rechsteiner	Minderheit

Art. 220–230

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 230a

Antrag der Kommission

Abs. 1

Wird die konkursamtliche Liquidation einer ausgeschlagenen Erbschaft nicht gedeckten Liquidationskosten zu übernehmen. Macht

Abs. 2–4

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 230a

Proposition de la commission

Al. 1

Si l'office suspend la liquidation d'une succession non couverts de la liquidation. Si aucun

Al. 2–4

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 231–251

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 252

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

(die Aenderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 252

Proposition de la commission

Titre

A. Deuxième assemblée

Al. 1

.... convoque la deuxième assemblée

Al. 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 253–265

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 265a

Antrag der Kommission

Abs. 1, 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 3

.... die pfändbaren Vermögenswerte. Vermögenswerte Dritter, über die der Schuldner wirtschaftlich verfügt, sind pfändbar, wenn sie auf einer Rechtshandlung beruhen, die der Schuldner in der für den Dritten erkennbaren Absicht vorgenommen hat, die Bildung neuen Vermögens zu vereiteln.

Abs. 4

.... Klage auf Bestreitung oder Feststellung des neuen Vermögens einreichen. Der Prozess

Antrag Marti Werner

Abs. 1

.... Vermögen gekommen, so entscheidet auf Antrag des Gläubigers der Richter des Betreibungsortes. Er hört

Art. 265a

Proposition de la commission

Al. 1, 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 3

.... l'opposition irrecevable, il détermine les biens saisissables. Les biens appartenant à un tiers, mais sur lesquels le débiteur a un pouvoir de disposition économique, sont saisissables lorsque ce pouvoir repose sur un acte établi par le débiteur dans l'intention reconnaissable par le tiers d'empêcher le retour à meilleure fortune.

Al. 4

.... intenter action en constatation du non retour à meilleure fortune par la voie

Proposition Marti Werner

Al. 1

.... meilleure fortune, le juge du for de la poursuite statue sur proposition du créancier. Le juge statue

Abs. 1 – Al. 1

Marti Werner: Gemäss Artikel 265a Absatz 1 des Entwurfs des Bundesrates wird neu dem Betreibungsamt die Aufgabe zugewiesen, den begründeten Rechtsvorschlag an den Richter weiterzuleiten, der dann im summarischen Verfahren die Einkommens- und Vermögensverhältnisse des Schuldners zu prüfen hat und über die Bewilligung des Rechtsvorschlages entscheiden soll.

Ich beantrage Ihnen, dass diese Weiterleitung an den Richter nur auf Antrag des Gläubigers erfolgen soll. Dies entspricht auch dem bisherigen Vorgehen. Es ist nicht einzusehen, weshalb diese Aufgabe neu dem Betreibungsamt zugewiesen werden soll; es ist auch nicht einzusehen, weshalb diese Zwischenstufe über den Gläubiger nicht gemacht werden soll. Auch der Gläubiger kann ein erhebliches Interesse daran haben, die Sachlage, nachdem er den begründeten Rechtsvorschlag des Schuldners erhalten hat, nochmals zu überprüfen, bevor der Richter angerufen wird. Für ihn kann sich allenfalls aus dem begründeten Rechtsvorschlag eine völlig neue Situation ergeben. Diese Situation kann bei ihm die Reaktion auslösen, dass er sich sagen muss: Halt, ich habe mit meinem neuen Zahlungsbefehl keine Chance, ich schliesse dieses Verfahren ab.

Wenn Sie der Fassung der Kommission folgen, wird der Rechtsvorschlag automatisch an den Richter weitergeleitet, welcher im summarischen Verfahren zu entscheiden hat und dann – beispielsweise in einem Fall, in dem der Gläubiger an und für sich sagen müsste: Ich mache nicht weiter – den Rechtsvorschlag gutheissen muss, und zwar unter Kosten- und Entschädigungsfolge zu Lasten des Gläubigers. Sie sehen: Mein Vorschlag ist nicht einseitig für den Schuldner, sondern es wird eine Interessenabwägung vorgenommen zwischen den Interessen des Gläubigers und des Schuldners. Im weiteren ist zu berücksichtigen – ich nehme Bezug auf die Praxis –, dass dadurch auch die Betreibungsämter entlastet werden.

Mit der Fassung der Kommission überbinden Sie den Betreibungsämtern eine neue, unnötige Aufgabe: Wenn ein Gläubiger zum Schluss kommt, dass aufgrund des begründeten Rechtsvorschlages sein Zahlungsbefehl Aussicht auf Erfolg hat, dann soll er den entsprechenden Antrag stellen. Der Automatismus hingegen, wie ihn die Kommission vorsieht, schliesst hier die Einflussnahme des Gläubigers aus und erhöht das Kostenrisiko des Gläubigers bei Stellung des Zahlungsbefehls.

Ich ersuche Sie deshalb, meinem Antrag, zumindest diesem Antrag, zuzustimmen.

Steinegger, Berichterstatter: Die Kommission hat sich mit diesem Vorschlag nicht auseinandergesetzt. Es ist aber absolut notwendig festzuhalten. Mit einer Verpflichtung des Gläubigers darf nicht verbunden werden, dass nun der Gläubiger zu beweisen hat, dass der Schuldner zu neuem Vermögen gekommen ist, sondern wir wollen die Mitwirkungspflicht des Schuldners: dass er in diesem Verfahren seine Einkommens- und Vermögensverhältnisse darlegt und glaubhaft zu machen hat, dass er nicht zu neuem Vermögen gekommen ist. Das ist der entscheidende Punkt, und daran ist festzuhalten.

M. Guinand, rapporteur: Il est nécessaire de préciser ici ce que la commission propose d'introduire, car c'est une question importante. Il s'agit de la fameuse opposition que le débiteur peut faire à une poursuite après délivrance de l'acte de défaut de biens, en invoquant le fait qu'il n'est pas revenu à meilleure fortune. La condition sera toujours la même, il faut qu'il y ait un non-retour à meilleure fortune pour que le débiteur puisse faire opposition.

La commission propose ceci: lorsque le débiteur a fait opposition auprès de l'Office des poursuites à la poursuite qui lui est intentée en invoquant le non-retour à meilleure fortune, le préposé devrait transmettre d'office cette opposition au juge qui statuera sur le bien- ou le mal-fondé de cette opposition fondée sur le non-retour à meilleure fortune. Si le juge admet l'opposition, c'est parce que le débiteur aura exposé l'état de ses revenus et de sa fortune et rendu vraisemblable son non-retour à meilleure fortune. Si, en revanche, le juge rejette l'opposition et admet que le débiteur est revenu à meilleure fortune, il doit alors déterminer les biens saisissables. C'est là une nouvelle règle qui est importante puisque le juge pourra décider que des biens, même propriété de tiers, seront saisissables dans la mesure où – on le sait – dans certains cas, il arrive que des débiteurs mettent des biens au nom de leur conjoint, par exemple pour échapper à une poursuite ultérieure. Enfin, ce qui est nouveau dans la procédure proposée, c'est que débiteur et créancier pourront agir selon la décision du juge, et ceci par la voie ordinaire, afin de démontrer soit le retour à meilleure fortune – c'est l'action du créancier – soit le non-retour – c'est l'action du débiteur.

La commission propose donc que, suite à l'opposition, le préposé transmette d'office le dossier au juge, alors que M. Marti Werner voudrait que le dossier ne soit transmis au juge que sur requête du créancier. Je vous invite à suivre les propositions de votre commission.

Bundesrat Koller: Ich möchte Ihnen auch hier beantragen, bei der Formulierung von Bundesrat und Kommission zu bleiben, denn wenn Sie – gemäss Antrag Marti Werner – auf den bisherigen Text zurückgehen, wo entscheidend auf den Antrag des

Gläubigers abgestellt wird, wird der Eindruck erweckt, dass in erster Linie der Gläubiger die Beweise erbringen muss.

Ich habe zwar zur Kenntnis genommen, Herr Marti, dass Sie den Absatz 2 nicht ändern wollen und damit die Mitwirkungspflicht des Schuldners auch bejahen. Aber durch die Formulierung «auf Antrag des Gläubigers» verschieben Sie das Gewicht doch in Richtung des Gläubigers, und deshalb scheint es uns richtig, den Text von Bundesrat und Kommission vorzuziehen.

Ich beantrage Ihnen, den Antrag Marti Werner abzulehnen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission	offensichtliche Mehrheit
Für den Antrag Marti Werner	Minderheit

Abs. 2–4 – Al. 2–4

Angenommen – Adopté

Art. 265b–270

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 271

Antrag der Kommission

Abs. 1

....
4. wenn der Schuldner nicht in der Schweiz wohnt;
(Rest der Ziffer streichen)

....

Abs. 3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 271

Proposition de la commission

Al. 1

....
4. en Suisse;
(biffer le reste du chiffre)

....

Al. 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 272–281

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 283

Antrag der Kommission

Titel

Retentionsverzeichnis

Art. 283

Proposition de la commission

Titre

Procès-verbal de prise d'inventaire

Angenommen – Adopté

Art. 284

Antrag der Kommission

Titel

Rückschaffung von Gegenständen

Art. 284

Proposition de la commission

Titre

Réintégration des biens

Angenommen – Adopté

Art. 285, 286

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 287

Antrag der Kommission

Titel, Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

(die Aenderung betrifft nur den französischen Text)

Abs. 2

...., dass er die Ueberschuldung des Schuldners nicht

Art. 287

Proposition de la commission

Titre

2. Surendettement

Al. 1

.... un débiteur surendetté dans

Al. 2

.... connaître le surendettement du débiteur.

Angenommen – Adopté

Art. 288–292

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 293

Antrag der Kommission

Titel

1. Gesuch; vorsorgliche Massnahmen

Abs. 1

.... eine Bilanz und eine Betriebsrechnung beizulegen, aus der seine Vermögens- und Ertragslage ersichtlich ist,

Abs. 2

Ein Gläubiger, der ein Konkursbegehren stellen kann, kann beim Nachlassrichter ebenfalls mit einem begründeten Gesuch die Eröffnung des Nachlassverfahrens verlangen.

Abs. 3 (neu)

Nach Eingang des Nachlassstundungsgesuches oder nach Aussetzung des Konkurserkennnisses von Amtes wegen (Art. 173a Abs. 2) trifft der Nachlassrichter unverzüglich die zur Erhaltung des schuldnereischen Vermögens notwendigen Anordnungen. In begründeten Fällen kann er die Nachlassstundung für einstweilen höchstens zwei Monate provisorisch anordnen, einen provisorischen Sachwalter ernennen und diesen mit der Prüfung der Vermögens- und Ertragslage des Schuldners und der Aussicht auf Sanierung beauftragen.

Abs. 4 (neu)

Auf die provisorisch bewilligte Nachlassstundung finden die Artikel 296, 297 und 298 Anwendung.

Art. 293

Proposition de la commission

Titre

1. Requête; mesures provisionnelles

Al. 1

.... un bilan détaillé, un compte d'exploitation et un état de ses livres,

Al. 2

Tout créancier en mesure de requérir la faillite peut également demander au juge du concordat, par une requête motivée, l'ouverture de la procédure concordataire.

Al. 3 (nouveau)

Après le dépôt de la demande, ou lorsque la faillite a été ajournée d'office (art. 173a al. 2), le juge ordonne immédiatement les mesures conservatoires nécessaires. Il peut décréter un sursis provisoire de deux mois au plus, et nommer un commissaire provisoire chargé d'examiner l'état de la fortune et des revenus du débiteur, ainsi que les perspectives de concordat.

Al. 4 (nouveau)

Les articles 296, 297 et 298 sont applicables au sursis provisoire.

Art. 294**Antrag der Kommission****Titel****2. Vorladung, Entscheid und Weiterziehung****Abs. 1**

Liegt ein Gesuch um Nachlassstundung vor oder werden provisorische Massnahmen angeordnet, lädt der Nachlassrichter den Schuldner und gegebenenfalls den antragstellenden Gläubiger unverzüglich zur Verhandlung vor. Er kann auch andere Gläubiger anhören oder vom Schuldner die Vorlage einer detaillierten Bilanz, einer Betriebsrechnung und das Verzeichnis seiner Bücher verlangen.

Abs. 2

Sobald der Nachlassrichter im Besitz der notwendigen Unterlagen ist, entscheidet er möglichst rasch über die Bewilligung der Nachlassstundung. Er berücksichtigt dabei die Vermögens- und Ertragslage des Schuldners und die Aussichten auf einen Nachlassvertrag.

Abs. 3 (neu)

Wo ein oberes kantonales Nachlassgericht besteht, können der Schuldner und der gesuchstellende Gläubiger den Entscheid binnen zehn Tagen nach der Eröffnung an das obere Nachlassgericht weiterziehen.

Abs. 4 (neu)

Soweit der Entscheid die Ernennung des Sachwalters betrifft, kann ihn auch jeder andere Gläubiger weiterziehen.

Art. 295**Proposition de la commission****Titel****2. Convocation, décision et recours****Al. 1**

Le juge convoque à son audience le débiteur et, le cas échéant, le créancier requérant. Il peut aussi entendre d'autres créanciers, et exiger du débiteur la production d'un bilan détaillé, d'un compte d'exploitation et d'un état de ses livres.

Al. 2

Dès qu'il est en possession des pièces nécessaires, le juge statue à bref délai sur la demande en tenant compte de la situation du débiteur, de l'état de son patrimoine et de ses revenus, ainsi que des perspectives de concordat.

Al. 3 (nouveau)

Dans les cantons qui ont institué deux instances en matière de concordat, le débiteur ou le créancier requérant peut recourir contre la décision devant la juridiction supérieure dans les dix jours à compter de sa notification.

Al. 4 (nouveau)

Tout créancier peut recourir contre la décision en tant qu'elle concerne la désignation du commissaire.

Art. 296**Antrag der Kommission****Titel****3. Bewilligung und Dauer der Nachlassstundung, Ernennung und Aufgaben des Sachwalters****Abs. 1**

Bestehen Aussichten auf einen Nachlassvertrag, gewährt der Nachlassrichter dem Schuldner die Nachlassstundung für 4

bis 6 Monate und ernennt einen oder mehrere Sachwalter. Die Dauer der provisorisch gewährten Stundung wird nicht angerechnet.

Abs. 2

Der Sachwalter:

- überwacht die Handlungen des Schuldners;
- erfüllt die in den Artikeln 298–302 und 304 bezeichneten Aufgaben;
- erstattet auf Anordnung des Nachlassrichters Zwischenberichte und orientiert die Gläubiger über den Verlauf der Stundung.

Abs. 3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 4

Auf Antrag des Sachwalters kann die Stundung auf höchstens zwölf Monate verlängert werden. Sie kann vorzeitig widerrufen werden, wenn dies zur Erhaltung des schuldnerischen Vermögens erforderlich ist oder wenn der Nachlassvertrag offensichtlich nicht abgeschlossen werden kann.

Abs. 5

Streichen

Art. 295**Proposition de la commission****Titel****3. Octroi et durée du sursis, désignation et fonctions du commissaire****Al. 1**

Si la demande est prise en considération, le juge du concordat accorde au débiteur un sursis de quatre à six mois (sursis concordataire) et nomme un ou plusieurs commissaires. La durée du sursis provisoire n'est pas comptée.

Al. 2

Le commissaire:

- surveille l'activité du débiteur;
- exerce les fonctions prévues par les articles 298 à 302 et 304;
- remet sur requête du juge du concordat des rapports intermédiaires et informe les créanciers sur le cours du sursis.

Al. 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 4

Sur demande du commissaire, le sursis peut être prolongé jusqu'à douze mois au maximum. Il peut aussi être révoqué avant l'expiration du délai accordé lorsque cela est nécessaire pour conserver le patrimoine du débiteur ou lorsqu'il est manifeste qu'un concordat ne pourra être conclu.

Al. 5

Biffer

Art. 296**Antrag der Kommission**

Die Bewilligung der Stundung wird öffentlich bekanntgemacht und dem Betreibungsamt sowie dem Grundbuchamt unverzüglich mitgeteilt. Die Nachlassstundung wird im Grundbuch angemerkt.

Art. 296**Proposition de la commission**

Le sursis est rendu public et communiqué sans délai tant à l'office des poursuites qu'au registre foncier. Le sursis concordataire est mentionné au registre foncier.

Art. 297**Antrag der Kommission****Abs. 1**

.... fortgesetzt werden. Verjährungs- und Verwirkungsfristen stehen still. Für

Abs. 2–4

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 297**Proposition de la commission**

Adhérer au projet du Conseil fédéral

(la modification ne concerne que le texte allemand)

Art. 298*Antrag der Kommission**Titel*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
(die Aenderung betrifft nur den französischen Text)

Abs. 1

Grundsätzlich kann der Schuldner seine Geschäftstätigkeit unter Aufsicht des Sachwalters fortsetzen. Der Nachlassrichter kann jedoch anordnen, dass gewisse Handlungen rechtsgültig nur unter Mitwirkung des Sachwalters vorgenommen werden können, oder den Sachwalter ermächtigen, die Geschäftsführung anstelle des Schuldners zu übernehmen.

Abs. 2

Ohne Ermächtigung des Nachlassrichters können während der Stundung nicht mehr in rechtsgültiger Weise Bestandteile des Anlagevermögens veräußert oder belastet, Pfänder bestellt, Bürgschaften eingegangen oder unentgeltliche Verfügungen getroffen werden.

Abs. 3 (neu)

Wenn der Schuldner dieser Bestimmung oder den Weisungen des Sachwalters zuwiderhandelt, kann der Nachlassrichter auf Anzeige des Sachwalters dem Schuldner die Verfügungsbefugnis über sein Vermögen entziehen oder die Stundung widerrufen. Der Schuldner und gegebenenfalls die Gläubiger sind anzuhören. Die Artikel 307–309 sind anwendbar.

Art. 298*Proposition de la commission**Titre*

2. Sur les droits du débiteur

Al. 1

En règle générale, le débiteur peut poursuivre son activité sous la surveillance du commissaire. Le juge du concordat peut cependant prescrire que certains actes ne pourront être valablement accomplis qu'avec le concours du commissaire, ou autoriser le commissaire à poursuivre l'activité de l'entreprise à la place du débiteur.

Al. 2

Sauf autorisation du juge du concordat, il est interdit, sous peine de nullité, d'aliéner ou de grever l'actif immobilisé, de constituer un gage, de se porter caution et de disposer à titre gratuit pendant la durée du sursis.

Al. 3 (nouveau)

Si le débiteur contrevient à cette disposition ou aux injonctions du commissaire, l'autorité compétente peut, sur le rapport de celui-ci, retirer au débiteur le pouvoir de disposer de ses biens ou révoquer le sursis. Le débiteur et – cas échéant – les créanciers seront entendus. Les articles 307 à 309 sont applicables.

Art. 299*Antrag der Kommission**Titel*

C. Besondere Aufgaben des Sachwalters

1.

Abs. 1

Der Sachwalter nimmt sofort nach seiner Ernennung ein Inventar über sämtliche Vermögensbestandteile des Schuldners auf und schätzt sie.

Abs. 2

Der Sachwalter legt den Gläubigern die Verfügung über die Pfandschätzung zur Einsicht auf. Er teilt sie vor der Gläubigerversammlung den Pfandgläubigern und dem Schuldner schriftlich mit.

Abs. 3

.... eine neue Pfandschätzung verlangen. Hat ein Gläubiger eine Neuschätzung beantragt, so

Abs. 4

Streichen

Art. 299*Proposition de la commission**Titre*

C. Tâches du commissaire

1. Prise d'inventaire et estimation des gages

Al. 1

Inchangé

(la modification ne concerne que le texte allemand)

Al. 2

Le commissaire tient à disposition des créanciers la décision relative à l'estimation des gages; il la

Al. 3

.... estimation des gages. Lorsque

Al. 4

Biffer

Art. 300*Antrag der Kommission**Titel*

2. Schuldenruf

Abs. 1

Der Sachwalter fordert durch öffentliche Bekanntmachung (Art. 35, 296) die Gläubiger auf, ihre Forderungen binnen 20 Tagen einzugeben, mit der Androhung, dass sie im Unterlassungsfall bei den Verhandlungen über den Nachlassvertrag nicht stimmberechtigt sind. Jedem Gläubiger, dessen Name und Wohnort bekannt sind, stellt der Sachwalter ein Exemplar der Bekanntmachung durch uneingeschriebenen Brief zu.

Abs. 2

Der Sachwalter holt die Erklärung des Schuldners über die eingegebenen Forderungen ein.

Abs. 3

Streichen

Art. 300*Proposition de la commission**Titre*

2. Appel aux créanciers

Al. 1

Le commissaire invite les créanciers, au moyen d'une publication (art. 35, 296), à lui indiquer leurs créances dans les vingt jours, sous peine d'être exclus des délibérations relatives au concordat. Il adresse par pli simple un exemplaire de la publication à tous les créanciers connus.

Al. 2

Le commissaire invite le débiteur à se prononcer sur les créances produites.

Al. 3

Biffer

Art. 300a (neu)*Antrag der Kommission**Titel*

3. Einberufung der Gläubigerversammlung

Abs. 1

Sobald der Entwurf des Nachlassvertrages erstellt ist, beruft der Sachwalter durch öffentliche Bekanntmachung eine Gläubigerversammlung ein mit der Beifügung, dass die Akten während zwanzig Tagen vor der Versammlung eingesehen werden können. Die Gläubigerversammlung darf frühestens 1 Monat nach dieser Bekanntmachung stattfinden.

Abs. 2

Artikel 300 Absatz 1 Satz 2 ist anwendbar.

Art. 300a (nouveau)*Proposition de la commission**Titre*

3. Convocation de l'assemblée des créanciers

Al. 1

Lorsque le projet de concordat a été mis sur pied, le commissaire convoque par publication l'assemblée des créanciers, et les avise qu'ils peuvent prendre connaissance des pièces pendant les vingt jours qui précèdent l'assemblée. Celle-ci ne peut avoir lieu qu'un mois au plus tôt après la publication.

Al. 2

L'article 300 1er alinéa 2e phrase est applicable.

Art. 301–301b*Antrag der Kommission*

Streichen

Proposition de la commission

Biffer

Art. 301c, 301d*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Art. 302*Antrag der Kommission*

Titel

D. Gläubigerversammlung

Abs. 1

.... Bericht über die Vermögens- und Ertragslage des Schuldners

Abs. 3, 4

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 302*Proposition de la commission*

Titre

D. Assemblée

Al. 1

Inchangé

(la modification ne concerne que le texte allemand)

Al. 3, 4

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Art. 303*Antrag der Kommission*

Titel

E. Rechte

Abs. 1

.... hat, wahrt sämtliche Rechte gegen Mitschuldner, Bürgen und Gewährspflichtige (Art. 216).

Abs. 2

.... hat, wahrt seine Rechte gegen die genannten Personen, sofern er ihnen mindestens angeboten hat (Art. 114, 147, 501 OR).

Abs. 3

.... ermächtigen, an seiner Stelle über den Beitritt zum Nachlassvertrag zu entscheiden.

Art. 303*Proposition de la commission*

Titre

E. Droits

Al. 1

.... débiteur (art. 216).

Al. 2

.... paiement (art. 114, 147, 501 CO).

Al. 3

Inchangé

(la modification ne concerne que le texte allemand)

Art. 304*Antrag der Kommission*

Titel

F. Sachwalterbericht; öffentliche Bekanntmachung der Verhandlung vor dem Nachlassgericht

Abs. 1

.... Aktenstücke. Er orientiert in seinem Bericht über bereits erfolgte Zustimmungen und empfiehlt die Bestätigung oder Ablehnung des Nachlassvertrages.

Abs. 2

Der Nachlassrichter trifft beförderlich seinen Entscheid.

Abs. 3

Ort und Zeit der Verhandlung werden öffentlich

Art. 304*Proposition de la commission*

Titre

F. Rapport du commissaire; publication de l'audience d'homologation

Al. 1

.... homologation. Dans son rapport, il rend compte des déclarations d'adhésion déjà reçues et recommande l'octroi ou le refus du concordat.

Al. 2

Inchangé

(la modification ne concerne que le texte allemand)

Al. 3

La date et le lieu de l'audience sont annoncés par

Art. 305*Antrag der Kommission*

Abs. 1

.... Gläubiger, die zugleich mindestens zwei Drittel des Gesamtbetrages der Forderungen vertreten, oder ein Viertel der Gläubiger, die aber mindestens drei Viertel des Gesamtbetrages der Forderungen vertreten, zugestimmt haben.

Abs. 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 305*Proposition de la commission*

Al. 1

.... les deux tiers des créances à recouvrer, ou le quart des créanciers représentant au moins les trois quarts des créances à recouvrer, y ont adhéré.

Al. 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Art. 306*Antrag der Kommission*

Abs. 1

Streichen

Abs. 2

Die Bestätigung des Nachlassvertrages wird an

1. auch Anwartschaften des Schuldners berücksichtigen; 1bis (neu). Sieht der Nachlassvertrag die vollständige oder teilweise Abtretung des schuldnerischen Vermögens an die Gläubiger oder an einen Dritten vor, muss das Verwertungsergebnis oder die vom Dritten angebotene Summe höher erscheinen als der Erlös, der im Konkurs voraussichtlich erzielt würde;

2.

Abs. 3

.... Regelung auf Antrag eines Beteiligten oder von Amtes wegen ergänzen.

(Rest des Absatzes streichen)

Art. 306*Proposition de la commission*

Al. 1

Biffer

Al. 2

L'homologation est soumise aux conditions

1. à celui-ci;

(biffer le reste du ch.)

1bis (nouveau). Lorsque le concordat prévoit la cession de tout ou partie des biens du débiteur aux créanciers ou à un tiers, le produit de la réalisation ou la somme offerte par le tiers doivent apparaître supérieurs au prix qui pourrait être obtenu dans une liquidation par voie de faillite.

2.

Al. 3

Le juge peut compléter une réglementation insuffisante d'office ou sur demande d'un participant.

Art. 306a (neu)*Antrag der Kommission**Titel***1a. Einstellung der Verwertung von Grundpfändern***Abs. 1*

Der Nachlassrichter kann auf Begehren des Schuldners die Verwertung eines als Pfand haftenden Grundstückes für eine vor Einleitung des Nachlassverfahrens entstandene Forderung auf höchstens ein Jahr nach Bestätigung des Nachlassvertrages einstellen, sofern nicht mehr als ein Jahreszins der Pfandschuld aussteht. Der Schuldner muss indessen glaubhaft machen, dass er das Grundstück zum Betrieb seines Gewerbes nötig hat und dass er durch die Verwertung in seiner wirtschaftlichen Existenz gefährdet würde.

Abs. 2

Den betroffenen Pfandgläubigern ist vor der Verhandlung über die Bestätigung des Nachlassvertrages (Art. 304) Gelegenheit zur schriftlichen Vernehmung zu geben; sie sind zur Gläubigerversammlung (Art. 302) und zur Verhandlung vor dem Nachlassrichter persönlich vorzuladen.

Abs. 3

Die Einstellung der Verwertung fällt von Gesetzes wegen dahin, wenn der Schuldner das Pfand freiwillig veräussert, wenn er in Konkurs gerät oder wenn er stirbt.

Abs. 4

Der Nachlassrichter widerruft die Einstellung der Verwertung auf Antrag eines betroffenen Gläubigers und nach Anhörung des Schuldners, wenn der Gläubiger glaubhaft macht:

1. dass der Schuldner sie durch unwahre Angaben gegenüber dem Nachlassrichter erwirkt hat, oder
2. dass der Schuldner zu neuem Vermögen oder Einkommen gelangt ist, woraus er die Schuld, für die er betrieben ist, ohne Gefährdung seiner wirtschaftlichen Existenz bezahlen kann, oder
3. dass durch die Verwertung des Grundpfandes die wirtschaftliche Existenz des Schuldners nicht mehr gefährdet wird.

Art. 306a (nouveau)*Proposition de la commission**Titre***1a. Suspension de la réalisation des gages immobiliers***Al. 1*

L'autorité de concordat peut, à la demande du débiteur, suspendre pendant une année au maximum dès l'homologation du concordat (art. 304) la réalisation d'un immeuble grevé d'un gage en raison d'une créance antérieure à l'introduction de la procédure concordataire, pourvu que les intérêts de la dette hypothécaire ne soient pas impayés depuis plus d'une année. Le débiteur doit toutefois rendre vraisemblable que l'immeuble lui est nécessaire pour l'exploitation de son entreprise et que la réalisation risquerait de compromettre sa situation matérielle.

Al. 2

Les créanciers intéressés sont invités à présenter leurs observations écrites avant les débats sur l'homologation du concordat (art. 304); ils sont convoqués personnellement à l'assemblée des créanciers (art. 302) et aux débats devant l'autorité de concordat.

Al. 3

La suspension de la réalisation est caduque de plein droit lorsque le débiteur aliène volontairement le gage, s'il est déclaré en faillite ou s'il décède.

Al. 4

A la requête d'un créancier intéressé et après avoir entendu le débiteur, l'autorité de concordat révoque la suspension de la réalisation qu'elle a ordonnée, lorsque le créancier rend vraisemblable:

1. que le débiteur l'a obtenue en donnant des indications inexacts à l'autorité de concordat, ou
2. que sa fortune ou son revenu se sont améliorés et qu'il peut rembourser la dette sans compromettre sa situation matérielle, ou
3. que la réalisation du gage immobilier ne risque plus de compromettre la situation matérielle du débiteur.

Steinegger, Berichterstatter: In den Artikeln 293ff. schlägt Ihnen die Kommission ein neues Sanierungsrecht vor. Bisher kannte das SchKG folgende Sanierungsmöglichkeiten: den ordentlichen Nachlassvertrag, Artikel 293ff., den Nachlassvertrag mit Vermögensabtretung, Artikel 316a ff. Dazu kommen das aktienrechtliche Moratorium, Artikel 725 OR, mit dem neuen Aktienrecht mitbeschlossen, und analog dazu bei der GmbH und bei der Genossenschaft die entsprechenden Artikel.

Für die Kommission hat sich die Frage gestellt, ob ein eigentliches Sanierungsrecht für notleidende Unternehmungen mit sehr weitreichenden Eingriffen in die Gläubigerrechte nach amerikanischem Vorbild geschaffen werden sollte. Aber dies wäre ohne breitangelegte Studien (mit Vernehmlassungsverfahren!) in dieser kurzen Zeit nicht zu realisieren gewesen.

Die Expertengruppe, die auf Wunsch der Kommission durch das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement eingesetzt worden ist, hat aber mit punktuellen Änderungen und Ergänzungen im Rahmen des geltenden Rechts, insbesondere im Bereiche des Konkursöffnungsverfahrens sowie des Nachlassvertragsrechts, Vorschläge unterbreitet, welche die Sanierungsmöglichkeiten bei Unternehmungen wesentlich verbessern und dazu wirksame Rechtsgrundlagen schaffen. Dabei wurde davon abgesehen, den eben revidierten Artikel 725 OR in Wiedererwägung zu ziehen und ins SchKG zu integrieren. Es ist zuzugeben, dass bereits der Entwurf des Bundesrates zur Revision des SchKG einige sanierungsrechtliche Neuerungen enthält. Ich erinnere an Artikel 298 Absatz 1, Artikel 310 Absatz 2, Artikel 297 Absätze 3 und 4.

Hingegen sind das geltende Recht und die Botschaft immer noch davon ausgegangen, dass allein der Schuldner ein Nachlassverfahren in die Wege leiten kann – Artikel 293 –, und dass der Nachlassvertrag grundsätzlich nur zu bewilligen ist, wenn der Schuldner nachlasswürdig ist – Artikel 306 Absätze 2 und 3 des Entwurfes des Bundesrates. Dies kann dazu führen, dass ein an und für sich sanierungswürdiges Unternehmen liquidiert werden muss, weil der Schuldner entweder kein Nachlassstundungsgesuch stellt oder ein Nachlassvertrag trotz Zustimmung der Gläubiger vom Gericht nicht bestätigt wird.

Ihre Kommission ist mit der Expertengruppe davon ausgegangen, dass die Sanierungsmassnahmen in erster Linie den Zweck haben, der Volkswirtschaft Substanz und Arbeitsplätze zu erhalten. Daher kann es nicht darauf ankommen, ob ein Schuldner redlich oder unredlich war; einziges Kriterium für die Bewilligung der Stundung und – sofern genügend Zustimmungserklärungen von Gläubigern vorliegen – für die Bestätigung eines Nachlassvertrages soll die Frage der Sanierungsmöglichkeit eines Unternehmens sein, wobei diese nicht nur von der Finanzsituation abhängt, sondern ebenso sehr von der Ertragslage bzw. den Aussichten auf eine positive Ertragslage nach durchgeführter Sanierung.

In den Artikeln 293, 294, und 306 sind diese Überlegungen enthalten. Nicht nur der Schuldner, sondern auch die Gläubiger und der Konkursrichter sollen von Amtes wegen veranlassen können, dass die Frage der Sanierungsmöglichkeiten eines Unternehmens und damit die Einleitung eines Nachlassverfahrens geprüft werden, Artikel 173a, Artikel 293 Absatz 2. Der Nachlassrichter soll ferner in jedem Fall, wenn er Anhaltspunkte dafür hat, dass eine Sanierung möglich wäre, sofort eine provisorische Stundung für einstweilen höchstens zwei Monate gewähren und die weiteren Abklärungen einem Experten übertragen können, Artikel 293.

Bei Zuwiderhandlungen des Schuldners gegen die Weisungen des Sachwalters hat der Nachlassrichter die Möglichkeit, die Verfügungsbefugnis des Schuldners während der Stundung weiter einzuschränken oder diese dem Schuldner völlig zu entziehen, Artikel 298.

Schliesslich noch drei weitere Neuerungen: Die Verlängerungsmöglichkeit für die Dauer der Nachlassstundung bis auf zwölf Monate, Artikel 295; die Einführung eines Quorums für die Annahme des Nachlassvertrages zur Stärkung der Hauptgläubiger, Artikel 305; schliesslich die Möglichkeit zur Abtretung des ganzen schuldnerischen Vermögens oder von Teilen davon an Dritte, mit Bestätigung des Nachlassvertrages, Artikel 317.

Per saldo beantragen wir Ihnen, die Vorschläge der Kommission zum Sanierungsrecht zu akzeptieren. Sie haben in der Öffentlichkeit und auch in der Praxis und in der Wissenschaft bisher eine gute Aufnahme gefunden.

M. Guinand, rapporteur: Comme vient de l'expliquer le président de la commission, les articles 293 et suivants contiennent des règles nouvelles sur l'assainissement des entreprises. La nouveauté essentielle sur cette question, nous l'avons déjà souligné dans le débat d'entrée en matière, réside dans le fait que le juge pourra d'office envisager la question d'une procédure concordataire, alors même que le débiteur ne l'aurait pas lui-même demandée. C'est le sens de l'article 173a alinéa 2. Il s'agit d'empêcher que soient prononcées des faillites manifestement inopportunes ou catastrophiques. Il appartiendra au juge d'apprécier la situation et s'il arrive à la conclusion qu'un sursis concordataire devrait être envisagé, il transmettra le dossier au juge du concordat.

L'autre nouveauté à signaler, c'est la possibilité qui existera pour le créancier aussi de demander lui-même l'ouverture de la procédure concordataire. La mise en œuvre de ces nouvelles mesures a été examinée par la commission qui a adopté les propositions du groupe d'experts mandaté par le Département fédéral de justice et police avec quelques amendements qui sont inclus dans le texte qui figure sur le dépliant. Vous me permettez de ne pas les décrire en détail.

J'insisterai seulement sur deux points qui me paraissent importants. Le premier concerne les conditions d'acceptation du concordat, c'est l'article 305. Il faut la majorité des créanciers représentant au moins les deux tiers des créances. Ce sont les conditions actuelles auxquelles on a ajouté une condition alternative: on pourra aussi accepter le concordat si un quart des créanciers représentant au moins les trois quarts des créances accepte le concordat.

Le deuxième point à souligner, c'est la possibilité de prévoir dans le concordat le transfert de tout ou partie des biens du débiteur à un tiers pour permettre, le cas échéant, de transférer une entreprise ou au moins les parties viables d'une entreprise à une société, par exemple à une société créée justement pour pouvoir continuer l'exploitation ou une partie de l'exploitation.

Les propositions qui ont été adoptées par la commission semblent avoir recueilli un écho favorable. Elles ont d'ailleurs été acceptées par 17 voix, sans opposition, par la commission. Je vous invite à en faire de même.

Art. 293–306a

Angenommen – Adopté

Art. 307, 308

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 309

Antrag der Kommission

Titel

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

(die Aenderung betrifft nur den französischen Text)

Wortlaut

Wird der Nachlassvertrag abgelehnt oder die Nachlassstundung widerrufen (Art. 295 Abs. 4, 298 Abs. 3), so kann jeder Gläubiger binnen 20 Tagen seit der Bekanntmachung über jeden Schuldner die sofortige Konkurseröffnung verlangen.

Art. 309

Titel

C.

1. Refus d'homologation

Texte

Lorsque le concordat n'est pas homologué ou que le sursis est révoqué (art. 295 al. 4, 298 al. 3), tout débiteur doit être im-

médiatement déclaré en faillite, si un créancier le requiert dans les vingt jours suivant la publication.

Angenommen – Adopté

Art. 310

Antrag der Kommission

Titel

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

(die Aenderung betrifft nur den französischen Text)

Abs. 1

...., deren Forderungen entweder vor der Bekanntmachung der Stundung oder seither ohne Zustimmung des Sachwalters

....

Abs. 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 310

Proposition de la commission

Titre

2. Homologation

a. Force obligatoire

Al. 1

.... sont nées avant la publication du sursis ou, sans l'assentiment du commissaire jusqu'à l'homologation

Al. 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 311

Antrag der Kommission

Titel

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

(die Aenderung betrifft nur den französischen Text)

Wortlaut

.... fallen alle vor der Stundung gegen den Schuldner angeordneten Betreibungen mit Ausnahme derjenigen auf Pfandverwertung dahin; Artikel 199 Absatz 2 gilt sinngemäss.

Art. 311

Proposition de la commission

Titre

b. Extinction des poursuites

Texte

.... de gage. L'article 199 alinéa 2 est applicable par analogie.

Angenommen – Adopté

Art. 312

Antrag der Kommission

Titel

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

(die Aenderung betrifft nur den französischen Text)

Wortlaut

.... als ihm gemäss Nachlassvertrag zusteht, ist nichtig (Art. 20 OR).

Art. 312

Proposition de la commission

Titre

Nullité des promesses

Texte

.... concordat (art. 20 CO).

Angenommen – Adopté

Art. 313

Antrag der Kommission

Abs. 1

.... kann beim Nachlassrichter den Widerruf verlangen (Art. 20, 28, 29 OR).

Abs. 2

.... finden sinngemässe Anwendung.

Art. 313*Proposition de la commission**Al. 1*

Tout créancierfoi (art. 20, 28, 29 CO).

Al. 2

Inchangé

(la modification ne concerne que le texte allemand)

Angenommen – Adopté

Art. 314*Antrag der Kommission**Abs. 1*

Im Nachlassvertrag

Abs. 2

Dem bisherigen Sachwalter oder einem Dritten können zur Durchführung und zur Sicherstellung der Erfüllung des Nachlassvertrages Ueberwachungs-, Geschäftsführungs- und Liquidationsbefugnisse übertragen werden.

Art. 314*Proposition de la commission**Al. 1*

Le concordat

Al. 2

Le commissaire ou un tiers peut être chargé de prendre les mesures de surveillance, de gestion et de liquidation nécessaires pour assurer l'exécution du concordat.

Angenommen – Adopté

Art. 315*Antrag der Kommission**Titel*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
(die Aenderung betrifft nur den französischen Text)

Abs. 1

.... des Nachlassvertrages den Gläubigern mit bestrittenen Forderungen eine Frist von 20 Tagen zur Einreichung der Klage am Ort des Nachlassverfahrens, unter Androhung des Verlustes der Sicherstellung der Dividende im Unterlassungsfall.

Abs. 2

.... Anordnung des Nachlassrichters die

Art. 315*Proposition de la commission**Titre*

B. Créances litigieuses

Al. 1

.... un délai péremptoire de 20 jours pour intenter une action au for du concordat, sous peine de perdre leur droit à la garantie de dividende.

Al. 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

(la modification ne concerne que le texte allemand)

Angenommen – Adopté

Art. 316*Antrag der Kommission**Abs. 1*

Ein Gläubiger, demgegenüber der Nachlassvertrag nicht erfüllt wird, kann Rechte beim Nachlassrichter mit Aufhebung des Nachlassvertrages verlangen.

Abs. 2

Artikel 307 findet sinngemäss Anwendung.

Art. 316*Proposition de la commission**Al. 1*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

(la modification ne concerne que le texte allemand)

Al. 2

L'article 307 est applicable par analogie.

Angenommen – Adopté

Art. 317*Antrag der Kommission**Abs. 1*

.... Vermögensabtretung wird das Vermögen des Schuldners ganz oder teilweise an die Gläubiger oder an einen Dritten abgetreten.

Abs. 2

Die Gläubiger üben ihre Rechte durch die Liquidatoren und durch einen Gläubigerausschuss aus. Diese werden von der Versammlung gewählt, die sich zum Nachlassvertrag äussert. Der oder die Sachwalter können Liquidatoren sein.

Art. 317*Proposition de la commission**Al. 1*

Le concordat par abandon d'actifs consiste dans la cession de tout ou partie des biens du débiteur aux créanciers ou à un tiers.

Al. 2

Les créanciers exercent leurs droits par l'intermédiaire de liquidateurs et d'une commission des créanciers, élus par l'assemblée qui se prononce sur le concordat. Le ou les commissaires au sursis peuvent être liquidateurs.

Angenommen – Adopté

Art. 318*Antrag der Kommission**Abs. 1*

....

1. auf den bei der Liquidation oder durch den Erlös aus der Abtretung des Vermögens nicht gedeckten Forderungsbetrag oder die genaue Ordnung eines Nachforderungsrechts;

2. die Bezeichnung der Liquidatoren und der Mitglieder des Gläubigerausschusses sowie die Abgrenzung der Befugnisse derselben;

3. Streichen

4. Liquidation des an die Gläubiger abgetretenen Vermögens, soweit; wird das Vermögen an einen Dritten abgetreten, die Art und die Sicherstellung der Durchführung dieser Abtretung;

5.

Abs. 2

.... vorzunehmen, inwiefern das Vermögen an die Gläubiger oder an einen Dritten abgetreten wurde.

Art. 318*Proposition de la commission**Al. 1*

....

1. liquidation des biens cédés aux créanciers, ou par le prix de la cession de ces biens à un tiers où la réglementation précise des droits réservés à ce sujet;

2. la désignation des liquidateurs et des membres de la commission des créanciers, ainsi que la délimitation de leurs attributions;

3. Biffer

4. liquidation des biens cédés aux créanciers, en tant qu'il; si les biens sont cédés à un tiers, le mode et les garanties d'exécution de cette cession;

5.

Al. 2

.... les biens cédés aux créanciers ou à un tiers.

Angenommen – Adopté

Art. 319*Antrag der Kommission**Abs. 1*

.... Nachlassvertrages mit Vermögensabtretung erlöschen

Abs. 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 3

.... Masse sowie zur allfälligen Uebertragung des abgetretenen Vermögens gehörenden Geschäfte vorzunehmen.

Abs. 4

Die Liquidatoren vertreten die Masse vor Gericht. Artikel 242 gilt sinngemäss.

Art. 319*Proposition de la commission**Al. 1, 2*

Adhérer au projet du Conseil fédéral
(la modification ne concerne que le texte allemand)

Al. 3

.... la masse ou, s'il y a lieu, au transfert des actifs cédés.

Al. 4

Ils représentent la masse en justice. L'article 242 s'applique par analogie.

Angenommen – Adopté

Art. 320–322*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 323*Antrag der Kommission*

Mit Ausnahme der Fälle, in denen die Aktiven einem Dritten abgetreten wurden, können Grundstücke, auf denen Pfandrechte lasten, freihändig

Art. 323*Proposition de la commission*

Sauf dans le cas où les actifs sont cédés à un tiers, les immeubles

Angenommen – Adopté

Art. 324–332*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gliederungstitel vor Art. 332a (neu)*Antrag der Kommission*

VI. Einvernehmliche private Schuldenbereinigung

Titre précédant l'art. 332a (nouveau)*Proposition de la commission*

VI. Règlement amiable des dettes privées

Art. 332a (neu)*Titel*

1. Antrag des Schuldners

Abs. 1

Ein Schuldner, der nicht der Konkursbetreibung unterliegt, kann beim Nachlassrichter die Durchführung einer einvernehmlichen privaten Schuldenbereinigung beantragen.

Abs. 2

Der Schuldner hat in seinem Gesuch seine Schulden sowie seine Einkommens- und Vermögensverhältnisse darzulegen.

Art. 332a (nouveau)*Titre*

1. Demande du débiteur

Al. 1

Tout débiteur, non soumis à la faillite, peut s'adresser au juge du concordat pour obtenir un règlement.

Al. 2

Le débiteur doit présenter dans sa requête l'état de ses dettes et revenus ainsi que sa situation patrimoniale.

Art. 332b (neu)*Antrag der Kommission**Titel*

2. Stundung, Ernennung eines Sachwalters

Abs. 1

Erscheint eine einvernehmliche Schuldenbereinigung mit den Gläubigern nicht von vornherein als ausgeschlossen und sind die Kosten des Verfahrens sichergestellt, gewährt der Nachlassrichter dem Schuldner eine Stundung von höchstens 3 Monaten und ernennt einen Sachwalter

Abs. 2

Auf Antrag des Sachwalters kann die Stundung auf höchstens 6 Monaten verlängert werden. Sie kann vorzeitig widerrufen werden, wenn eine einvernehmliche Schuldenbereinigung offensichtlich nicht herbeigeführt werden kann.

Abs. 3

Während der Stundung kann der Schuldner nur für periodische familienrechtliche Unterhalts- und Unterstützungsbeiträge betrieben werden. Die Fristen gemäss Artikel 88, 93 Absatz 2, 116 und 154 stehen still.

Abs. 4

Der Entscheid des Nachlassrichters wird den Gläubigern mitgeteilt; Artikel 294 Absätze 3 und 4 gilt sinngemäss.

Art. 332b (nouveau)*Titre*

2. Sursis, désignation d'un commissaire

Al. 1

Lorsqu'un règlement avec les créanciers n'apparaît pas exclu d'emblée et si les frais de la procédure sont garantis, le juge accorde au débiteur un sursis de trois mois au plus et nomme un commissaire.

Al. 2

Sur demande du commissaire, le sursis peut être prolongé jusqu'à six mois au plus. Il peut aussi être révoqué avant le délai accordé, lorsqu'il est manifeste qu'un règlement ne pourra être obtenu.

Al. 3

Aucune poursuite ne peut être exercée contre le débiteur pendant la durée du sursis, sauf pour les contributions périodiques à des aliments découlant du droit de la famille. Les délais prévus pour les articles 88, 93 alinéa 2, 116 et 154 sont suspendus.

Al. 4

La décision du juge est communiquée aux créanciers. L'article 294 alinéas 3 et 4 est applicable par analogie.

Art. 332c (neu)*Titel*

3. Aufgaben des Sachwalters

Abs. 1

Der Sachwalter unterstützt den Schuldner beim Erstellen eines Bereinigungsvorschlages. Der Schuldner kann darin seinen Gläubigern insbesondere eine Dividende anbieten oder sie um Stundung der Forderungen oder um andere Zahlungs- oder Zinserleichterungen ersuchen.

Abs. 2

Der Sachwalter führt mit den Gläubigern Vergleichsverhandlungen über den Bereinigungsvorschlag des Schuldners.

Abs. 3

Der Nachlassrichter kann den Sachwalter beauftragen, den Schuldner bei der Erfüllung des Vergleichs zu überwachen.

Art. 332c (nouveau)*Titre*

3. Fonctions du commissaire

Al. 1

Le commissaire assiste le débiteur dans l'élaboration d'un règlement. Le débiteur peut notamment proposer à ses créanciers un dividende ou un moratoire et solliciter toute mesure destinée à faciliter le paiement du capital ou des intérêts.

Al. 2

Le commissaire conduit les pourparlers avec les créanciers en vue d'accepter des propositions de règlement du débiteur.

Al. 3

Le juge du concordat peut charger le commissaire de surveiller l'exécution du règlement amiable.

Art. 332d (neu)*Titel***4. Verhältnis zur Nachlassstundung***Text*

In einem nachfolgenden Nachlassverfahren wird die Dauer der Stundung gemäss Artikel 332a ff. auf die Dauer der Nachlassstundung angerechnet.

Art. 332d (nouveau)*Titre***4. Rapport avec le sursis concordataire***Texte*

En cas de procédure concordataire subséquente, la durée du sursis selon les articles 332a ss. est imputée sur celle du sursis concordataire.

Steinegger, Berichterstatter: In den Artikeln 332a bis 332d schlägt Ihnen die Kommission, gestützt auf die Abklärungen der Expertengruppe, vor, dass dem Schuldner, der sich um eine private Schuldenbereinigung bemühen will, für eine beschränkte Zeit ebenfalls eine Stundung gewährt und ein Sachwalter beigegeben werden kann.

Dabei geht es in diesem Bereich hauptsächlich um die kleinen Fälle, meist sogar um Sozialfälle, also nicht um Personen, die der Konkursbetreibung unterliegen, sondern die aus irgendwelchen Gründen nicht in der Lage sind, ihre finanziellen Verhältnisse zu ordnen und heute auf private Schuldensanierer – mit zum Teil zweifelhaftem Ruf – oder auf die Sozialhilfe angewiesen sind.

Mit dem vorgeschlagenen Verfahren sollen zahlungswillige Schuldner unterstützt werden, ihre Verhältnisse zu ordnen, ohne dass die Insolvenzerklärung gemäss Artikel 191 abgegeben werden muss.

M. Guinand, rapporteur: Les dispositions nouvelles des articles 332a à 332d ont été présentées par le groupe d'experts en relation avec les propositions relatives aux mesures d'assainissement. Il s'agit de permettre à un débiteur non soumis à la procédure de faillite d'assainir sa situation financière en recherchant avec ses créanciers un règlement global et amiable de ses dettes. Le débiteur qui souhaitera bénéficier de cette possibilité devra s'adresser au juge du concordat en lui présentant la liste de ses débiteurs et une proposition d'assainissement. Si la demande paraît possible, le juge pourra alors accorder un sursis de trois mois au maximum. En même temps, le juge nommera un commissaire qui sera chargé d'assister le débiteur dans l'élaboration de son règlement amiable, règlement amiable qui pourra prendre la forme d'un moratoire ou du versement d'un dividende, voire qui pourra proposer d'autres mesures propres à éviter au débiteur d'avoir à faire une déclaration d'insolvabilité et, par conséquent, d'avoir à demander sa faillite.

Gliederungstitel vor Art. 332a, Art. 332a–332d

Titre précédant l'art. 332a, art. 332a–332d

Angenommen – Adopté

Art. 333–338*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 339*Antrag der Kommission**Abs. 1*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2

...., 286, 287 und 288 verlängern sich

Art. 339*Proposition de la commission**Al. 1*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

.... articles 286, 287 et 288 sont

Angenommen – Adopté

Art. 340*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 341*Antrag der Kommission**Abs. 1*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2

Fügt der Nachlassrichter der Stundungsbewilligung als Verfügungsbeschränkung anzumerken.

Art. 341*Proposition de la commission**Al. 1*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

Si le juge, en accordant le sursis, formule cette réserve, il l'indiquera dans la publication et le sursis sera mentionné au registre

Angenommen – Adopté

Art. 342–348*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Aenderung von Bezeichnungen*Antrag der Kommission**Abs. 1–6*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 7 (neu)

Der Ausdruck «Gemeinschuldner» wird durch «Schuldner» ersetzt.

Modification de désignations*Proposition de la commission**Al. 1–6*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 7 (nouveau)

(la modification ne concerne que le texte allemand)

Angenommen – Adopté

Ziff. II*Antrag der Kommission*

Ziff. 1–3; Ziff. 4 Art. 375 Abs. 2, 397 Abs. 3, 435 Abs. 3, 440 Titel, Abs. 2, 456

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ziff. 4 Art. 960 Abs. 1 Ziff. 2

2. auf Grund einer Pfändung;

(Konkurerkenntnis und Nachlassstundung streichen)

Ziff. 5–7; Ziff. 8 Art. 323, 324 Ziff. 1–4

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ziff. 8 Art. 324 Ziff. 5

5., 222 Absatz 4 und 337 Absatz 1 des

Ziff. 9–16; Ziff. 17 Art. 15 Abs. 2, 3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ziff. 17 Art. 16

Als Depotwerte darf die Bank folgende Werte bezeichnen:

1. bewegliche Sachen und Effekten der Depotkunden;
2. bewegliche Sachen, Effekten und Forderungen, über die die Bank für Rechnung der Depotkunden fiduziarisch verfügt;
3. frei verfügbare Lieferansprüche der Bank gegenüber Dritten aus Kassageschäften, abgelaufenen Termingeschäften, Deckungsgeschäften oder Emissionen für Rechnung der Depotkunden.

Ziff. 17 Art. 22 Abs. 2, 23quater Abs. 3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Ziff. 17 Art. 37a**Abs 1–3*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2bis

Handelt es sich dabei um Titel, die auf den Inhaber lauten, gilt Absatz 2 nur, soweit sie nachweislich zum Zeitpunkt des Schalterschlusses schon im Besitz des betreffenden Gläubigers waren.

Abs. 4

Der Bundesrat kann den Höchstbetrag gemäss Absatz 2 den veränderten Geldverhältnissen anpassen.

*Ziff. 17 Art. 37b**Abs. 1*

Depotwerte gemäss Artikel 16 werden im Konkurs der Bank nicht zur Konkursmasse gezogen, sondern unter Vorbehalt sämtlicher Ansprüche der Bank gegenüber dem Deponenten zu dessen Gunsten abgesondert.

Abs. 2

Ist die konkursite Bank selber Deponentin bei einem Dritten, werden die Depotwerte als Bestände ihrer Depotkunden vermutet und gemäss Absatz 1 abgesondert.

Abs. 3

Die Konkursverwaltung der Bank muss deren Depotverpflichtungen gegenüber einem Drittverwahrer sowie Verpflichtungen aus Geschäften gemäss Artikel 16 Ziffer 3 erfüllen.

Ziff. 18, 19

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ziff. 20 Art. 27 Abs. 2 Ziff. 2

.... auf Grund einer Pfändung;
(Konkurserkenntnis und Nachlassstundung streichen)

Ziff. 21 Art. 5 Bst. a

.... auf Grund einer Pfändung;
(Konkurserkenntnis und Nachlassstundung streichen)

Ziff. 22 Art. 172 Abs. 1 Bst. b

b. die nicht pfandversicherten, aber privilegierten Forderungen von Gläubigern mit Wohnsitz in der Schweiz.

Ziff. 22 Art. 174 Abs. 1

«dritten» statt «fünften»

Ch. II*Proposition de la commission*

Ch. 1–3; ch. 4 art. 375 al. 2, 397 al. 3, 435 al. 3, 440 titre, al. 2, 456
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Ch. 4 art. 960 al. 1 ch. 2

2. d'une saisie;
(Biffer: déclaration de faillite et sursis concordataire)

Ch. 5–7; ch. 8 art. 323, 324 ch. 1–4

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Ch. 8 art. 324 ch. 5

5., 222 alinéa 4, et 337 alinéa premier,

Ch. 9–16; ch. 17 art. 15 al. 2, 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Ch. 17 art. 16

La banque peut qualifier de valeurs déposées les valeurs suivantes:

1. les choses mobilières et les titres déposés par les clients;
2. les choses mobilières, les titres et les créances que la banque gère à titre fiduciaire pour le compte des clients déposants;
3. les prestations disponibles de la banque à des livraisons à l'encontre de tiers, résultant d'opérations au comptant, d'opérations à terme échues, d'opérations de couverture ou d'émissions pour le compte des clients déposants.

Ch. 17 art. 22 al. 2, 23quater al. 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Ch. 17 art. 37a**Al. 1–3*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2bis

L'alinéa 2 ne s'applique aux titres au porteur que dans la mesure où il est établi qu'ils étaient déjà en possession du créancier concerné au moment de la fermeture des guichets.

Al. 4

Le Conseil fédéral peut adapter le montant maximal selon l'alinéa 2 à l'évolution de la situation monétaire.

*Ch. 17 art. 37b**Al. 1*

En cas de faillite de la banque, les valeurs déposées, au sens de l'article 16, seront distraites de la masse en faillite au bénéfice du déposant, sous réserve des droits de la banque à l'encontre du déposant.

Al. 2

Si la banque en faillite est elle-même dépositante auprès d'un tiers, les valeurs déposées seront présumées être celles de ses clients; elles seront dès lors distraites de la masse en faillite, conformément à l'alinéa premier.

Al. 3

L'administration de la faillite de la banque doit remplir à l'encontre d'un tiers dépositaire les obligations relatives au dépôt et les obligations résultant d'opérations prévues à l'article 16 chiffre 3.

Ch. 18, 19

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Ch. 20 art. 27 al. 2 ch. 2

.... d'une saisie;
(Biffer: déclaration de faillite et sursis concordataire)

Ch. 21 art. 5 let. a

.... d'une saisie;
(Biffer: déclaration de faillite et sursis concordataire)

Ch. 22 art. 172 al. 1 let. b

b. Les créancier non-gagistes privilégiés qui ont leur domicile en Suisse.

Ch. 22 art. 174 al. 1

«troisième» au lieu de «cinquième»

Angenommen – Adopté

Ziff. III*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. III*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
Für Annahme des Entwurfes

113 Stimmen
(Einstimmigkeit)

Abschreibung – Classement

Antrag des Bundesrates
Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse
gemäss Seite 1 der Botschaft
Proposition du Conseil fédéral
Classer les interventions parlementaires
selon la page 1 du message

Angenommen – Adopté

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

92.068

Geldwäscherei, Ermittlung, Beschlagnahme und Einziehung von deliktischen Vermögenswerten. Uebereinkommen

Blanchiment, dépistage, saisie et confiscation du produit du crime. Convention

Botschaft und Beschlussentwurf vom 19. August 1992 (BBI VI 9)
Message et projet d'arrêté du 19 août 1992 (FF VI 8)

Beschluss des Ständerates vom 10. Dezember 1992
Décision du Conseil des Etats du 10 décembre 1992

Kategorie IV, Art. 68 GRN – Catégorie IV, art. 68 RCN

Antrag der Kommission
Eintreten
Proposition de la commission
Entrer en matière

Leuenberger Moritz, Berichterstatter: Das organisierte Verbrechen bedeutet Gewalt und Terror, und es bedeutet das Elend der Drogen in unserem Land und unseren Nachbarländern. Eine wesentliche Bekämpfung des organisierten Verbrechens erfolgt, indem man versucht, es an seinem Nervenstrang zu treffen, nämlich an seinen Finanzströmen. Immerhin beträgt der Jahresumsatz der Mafia mehrere hundert Milliarden Franken. Diese Bekämpfung muss international erfolgen, weil das organisierte Verbrechen auch international tätig ist. So wie etwa eine multinationale Gesellschaft in den verschiedenen Ländern Abgabellücken oder Steuerunterschiede entdeckt, um tätig zu sein, entdeckt das organisierte Verbrechen Rechtslücken in den verschiedenen Ländern. Dazu gehört auch die Rechtshilfe. Wenn ein Land bei Strafuntersuchungen eines anderen Landes nicht vollumfänglich Rechtshilfe gewähren kann, wird das durch das organisierte Verbrechen bewusst ausgenutzt. Deswegen ist die Staatengemeinschaft aufgerufen zu koordinieren.

Das Uebereinkommen enthält einen Vorbehalt. Er ist darauf zurückzuführen, dass die Geldwäscherei gewissermassen ein sekundäres Delikt ist. Es gibt immer eine Vortat – die eigentliche kriminelle Tat –, und der Erlös daraus wird dann mit Geldwäscherei wieder in das normale Wirtschaftsleben eingeschleust. Bei uns in der Schweiz ist diese Vortat ein Verbrechen, während sie im Ausland durchaus auch ein Vergehen sein kann. Deswegen ist ein diesbezüglicher Vorbehalt angebracht worden. Das ist aber nicht dermassen schlimm, weil der ersuchende Staat neben der Geldwäscherei auch die Vortat als solche zum Gegenstand der Rechtshilfe machen kann.

Im übrigen ermöglicht das Uebereinkommen das Einziehen von Tatwerkzeugen und das Einziehen der Beute. Wenn die Beute in der Schweiz gehortet ist – auf einem Konto z. B. –, kann sie vom geschädigten Staat eingezogen werden. Geregelt ist auch die internationale Zusammenarbeit, wobei wir uns alle bewusst sind – wenn wir Sie bitten, einzutreten und dem Uebereinkommen zuzustimmen –, dass dieses Uebereinkommen eine Selbstverständlichkeit ist und für die Bekämpfung des organisierten Verbrechens nicht genügt. Wir warten daher auf die Vorschläge des Bundesrates, die die Einziehung von Vermögenswerten mit umgekehrter Beweislast zum Gegenstand haben; wenn ein Verdacht vorhanden ist, müssen die Betroffenen beweisen, dass die Vermögenswerte legaler Herkunft sind. Wir warten auch auf das Melderecht von Bankiers, wenn ihnen die Herkunft von fremden Geldern verdächtig erscheint. Wir bitten Sie, auf das Uebereinkommen einzutreten und ihm zuzustimmen.

M. Borradori, rapporteur: «Le crime organisé est en guerre avec la société, et on ne sait pas qui gagnera cette guerre.» Ces mots – prononcés par M. Plattner, le 10 décembre 1992, au cours du débat au Conseil des Etats sur la ratification de la convention du Conseil de l'Europe – résument clairement la situation à laquelle on est confrontés. Le crime organisé s'est développé au cours de ces dernières années d'une façon inquiétante. Son champ d'activités le plus important, le trafic illégal de stupéfiants, représente aujourd'hui un chiffre d'affaires mondial annuel de plusieurs centaines de milliards de francs. Comme il s'agit de sommes d'argent considérables, gagnées sans gros investissements et avec des dépenses relativement limitées, les organisations criminelles peuvent s'infiltrer dans les sociétés cotées en bourse et avoir accès à l'économie officielle en acquérant une position dominante qui leur permet d'exercer une influence directe sur l'économie et la politique. Tout cela risque de conduire à l'édification d'une économie parallèle susceptible de menacer les systèmes démocratiques dans leur existence. C'est pourquoi une lutte efficace contre ce fléau doit être menée en priorité, tant sur le plan national que sur le plan international. Le moyen le plus efficace pour combattre la criminalité organisée consiste à attaquer sa base financière en punissant le blanchiment d'argent et en séquestrant et confisquant les produits d'origine délictueuse, car la nécessité que les organisations criminelles ont d'employer l'argent gagné de façon criminelle en l'introduisant dans des circuits financiers légaux représente, d'une part, l'élément central de leurs actions et, d'autre part, leur véritable talon d'Achille. Dans ce sens, en adoptant des dispositions pénales contre le blanchiment d'argent, notre pays a franchi un pas important. Des dispositions plus efficaces encore en matière de confiscation seront en outre proposées dans le cadre du deuxième train de mesures législatives destinées à combattre le crime organisé.

La criminalité organisée est un phénomène international. Elle ignore les frontières, et, dans le domaine des transactions financières, elle opère sur le plan international afin de tirer profit des particularités juridiques des différents Etats. Il en découle la nécessité d'une coopération internationale effective qui s'étend également au domaine du blanchiment d'argent et de la confiscation. L'arsenal législatif international actuel présente toutefois des lacunes sensibles et est d'une efficacité insuffisante. C'est sur ces considérations que repose la convention du Conseil de l'Europe.

La convention que l'on nous propose de ratifier a été approuvée par le Comité des ministres du Conseil de l'Europe les 8 et 9 novembre 1990. La signature par la Suisse est intervenue conformément à la décision du Conseil fédéral du 14 août 1991. Le Conseil fédéral nous propose maintenant de ratifier cette convention, même si nous sommes pratiquement les premiers à le faire, d'une part, parce qu'elle représente un pas important dans le cadre des efforts internationaux en matière de lutte contre le crime organisé et, d'autre part, parce qu'il est très important de donner un signe de notre volonté et de notre détermination à combattre ce fléau. La ratification serait en outre la suite logique de la participation active de notre pays à

Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs. Aenderung

Loi fédérale sur la poursuite pour dettes et la faillite. Modification

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1993
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	02
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	91.034
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	02.03.1993 - 08:00
Date	
Data	
Seite	30-49
Page	
Pagina	
Ref. No	20 022 324